

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Berlin, 22. Oktober 2017

- **Katalonien: Keine Republik nirgends**
- **Ergebnisse der Parlamentswahlen in Tschechien**
- **Wiedereinführung der Videoüberwachung in der Mannheimer City**
- **Entsenderichtlinien im Vorfeld des EU-Gipfels auf den Weg gebracht**
- **Bremen: Der Nelson-Mandela-Park beherbergt ein unscheinbares und oft übersehenes Mahnmal**
- **Kalenderblatt: England 1964, erste Wahlen zum Greater London Council**

Ausgabe Nr. 11 am 9. November 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Neuwahlen nicht auszuschließen

Der verwickelte Verlauf der Regierungsbildung aus CDU, CSU, FDP und Grünen löst verschiedenste Fragestellungen aus. Eine Koalition als Ergebnis scheint möglich, weil und soweit alle Beteiligten davon ausgehen, dass Erwerbstrieb und Naturschutz nicht als einander

ausschließende Gegensätze gehandhabt werden müssen, sondern als Versöhnung von Ökonomie und Ökologie durch die Politik zu einem gut laufenden Gesamtgeschäft kombiniert werden können. SPD und Linke hätten dann in der Opposition als Sprecher der sozialen Belange und der Bürgerrechte eine schöne Rolle zu spielen. Da die SPD, aber auch die Linke, in der Kommunal- und Landespolitik vielerorts in der Verantwortung stehen, sind sie auf die Rolle nicht reduziert, es könnte eine erfahrungsgestützte Strategie linker Reformpolitik entwickelt werden. In einem solchen Szenario würde sich zeigen, was aus der AfD wird bzw. nicht wird.

Es kann aber auch ganz anders kommen. Die FDP kann die Verhandlungen mit dem Argument platzen lassen, dass die grünen Forderungen die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft unverantwortlich schwächen würden. Die Grünen, weil sie die Gefährdung des Weltklimas wegen Profitmargen nicht verantworten wollen. Die CSU, weil sie sich in die Idee einer staatlich definierten und durchzusetzenden Leitkultur so verbissen hat, dass sie nicht in der Lage ist, den Problemkreis von Flucht und Migration unter den vernünftigen Normen übergeordneter Menschenrechte zu behandeln.

Ein Blick auf die Wahlergebnisse der Sozialdemokratie in den Ländern Europas bzw. der EU macht klar, dass sich die sozialdemokratischen Strategien verbraucht haben und eine Neuformulierung von Reformpolitik aus der Opposition unumgänglich ist.

Dementsprechend fällt in der öffentlichen Diskussion immer häufiger das Stichwort Neuwahlen. Das zwingt zu einem Blick in die Verfassung.

Mit der konstituierenden Sitzung des 18. Bundestages endete am 22. Oktober auch die Amtszeit der Bundeskanzlerin und der Minister. Seither hat die BRD eine geschäftsführende Regierung gemäß Art. 69 GG: „Auf Ersuchen des Bundespräsidenten ist der Bundeskanzler, auf Ersuchen des Bundeskanzlers oder des Bundespräsidenten ein Bundesminister verpflichtet, die Geschäfte bis zur



Die Junge Union München-West veröffentlicht dieses Bild mit Erwerbstrieb und Naturschutz nicht als einander

Ernennung seines Nachfolgers weiterzuführen.“ Eine Beschränkung der Kompetenzen einer solchen Regierung sieht das Grundgesetz ebenso wenig vor wie eine Beschränkung der Zeitdauer. Allerdings kann eine geschäftsführende Regierung weder die Vertrauensfrage stellen noch durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden. Die Möglichkeit von Neuwahlen ergibt sich, wenn die für das Kanzleramt vorgeschlagene Person zwar die meisten Stimmen erhält, nicht aber von der Mehrheit des Bundestags gewählt wird.

Das Verfahren kreist um die Kanzlerwahl im Bundestag. Zusätzlich zu den sachlichen Differenzen kommt, dass die Devise „Merkel muss weg“ zwar nur für die AfD programmatisch ist, aber auch bei CSU, CDU und FDP Anhänger hat. Wenn Lindner jetzt sagt, die FDP fürchte sich nicht vor Neuwahlen, geht es auch darum.

Einstweilen findet die breite Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, die Mitgliedschaft der verschiedenen Parteien und wohl auch die überwiegende Zahl der frischgebackenen Bundestagsabgeordneten die Idee von Neuwahlen abschreckend, und der Druck der Öffentlichkeit vor allen auf die kleineren Parteien-Verhandler (nicht kompromissfähig!) ist groß. Kommt es zu einer echten Verhandlungskrise, wird sich das ändern. Dann wird der harte, wenn man will unsachliche Kern der Koalitionsverhandlungen sichtbar: Frau Merkel hat dann keine Mehrheit für ihre erneute Kandidatur finden können. Zeigt sich im Parlament keine personelle Alternative, kommt es zu Neuwahlen. Bei diesen Neuwahlen würden nicht nur die Mehrheitsverhältnisse neu bestimmt. In den Parteien würden die Listen neu aufgestellt, das würden nicht überall dieselben Leute werden.

Die Kräfte in der Union, namentlich in der Jungen Union und vor allem in Bayern, die auf diese Reise gehen wollen, rechnen mit einer Verschiebung der politischen Grundströmungen, weg von der Suche nach dem beiderseitigen Vorteil hin zu „Deutschland zuerst“, weg von der Bindung staatlichen Handelns an Menschenrechte hin zum autoritären Staat,

weg von dem Kriterium nachhaltigen Wirtschaftens hin zum schnell abgreifbaren Vorteil.

Neuwahlen würden eine Links-Rechts-Konfrontation aufrufen; die Linke, Partei und gesellschaftliche Strömung, ist darauf nicht vorbereitet, ein weiterer Anreiz für FDP und den rechten Flügel der CSU, die Verhandlungen platzen zu lassen.

Martin Fochler, München

Zum Brexit: „Fröhlich der Unsicherheit entgegen“

Prof. Dr. Anthony Glees, u.a. Professor für Politik an der University of Buckingham und an der Brunel Universität, London, sagte Anfang 2016 bei den 20. Karlsruher Gesprächen¹ folgenden (von der Autorin übersetzten) Satz: „Die EU ist ein Menü. Entweder sitzt Großbritannien am Tisch oder es steht auf dem Tisch.“ Joris Luyendijk² stellt unter dem Titel „Britisches Armageddon“ fest: „Obwohl wir den Ausdruck immer noch benutzen, ist die EU schon lange nicht mehr nur ein ‚gemeinsamer Markt‘. Sie ist heute mehr und mehr eine ‚gemeinsame Volkswirtschaft‘.“ Er folgert: Nach dem Brexit verlassen entweder die Firmen, die in diese Volkswirtschaft eingebunden sind,

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHIET ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Großbritannien, oder sie verlieren dieses Geschäft. „Das macht den Brexit so gefährlich: Er basiert nicht auf einer kühlen und rationalen Beurteilung der heutigen Welt. Die Brexit-Kampagne war eine Orge aus Lügen und falschen Versprechungen, in deren Gefolge eine Mehrheit für eine Option stimmte, die gar nicht auf der Speisekarte stand: die Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu behalten, ohne die zugehörigen Verpflichtungen zu erfüllen.“ Carolin Emcke von der „Süddeutschen Zeitung“ geht noch einen Schritt weiter: „In England und in Katalonien zeigen sich Variationen derselben eskapistischen Idee der Sezession, des Ausstiegs aus transregionalen oder internationalen Strukturen, und der Rückkehr in die überschaubare Provinzialität. So verschieden die kulturellen Bedingungen in den jeweiligen Ländern sein mögen, so verschiedenen auch die politischen Konstellationen, in denen sie diskutiert werden – hier die verhandelnde EU, dort der repressive spanische Staat –, die politischen Akteure ähneln sich in ihren erstaunlich planlosen Plänen einer freiwilligen Regression.“³ „The Economist“ stellt fest: „Entgegen der Erwartungen hielten sich die industriellen Investitionen gut seit der Brexit-Abstimmung.“ Der sieht kleinere britische Firmen unbbeeindruckt vom Brexit, erkennt im Gegen teil Vorzüge für diejenigen, die nicht für den Export produzieren. Dass dies trägt, bezweifelt der „Economist“: „Die britische Wirtschaft marschiert fröhlich ins

Ungewisse.“⁴ Dazu passt: Die Bank von England hat Anfang November erstmals seit zehn Jahren den Leitzins erhöht, die Abstimmung darüber war nicht einstimmig. Das Austrittsvotum im Sommer 2016 habe zu einem starken Wertverfall des britischen Pfunds geführt, in der Folge zu höheren Importpreisen und einem Inflationsschub. Die Arbeitslosenquote sei mit 4,3 % so niedrig wie seit mehr als vier Jahrzehnten nicht mehr, die Zuwanderung aus anderen EU-Staaten sei stark gesunken. (nach „FAZ“ vom 3.11.17).

Der oben schon zitierte Anthony Glees hoffte Anfang 2016 wie viele andere auch auf den anderen Ausgang des Referendums über den Brexit. Eigentlich ist er Fachmann für Sicherheitsfragen. Aus dieser Sachkenntnis heraus ist er recht verzweifelt über den Brexit, und zitiert Theresa May, „dass das Verlassen der EU nicht bedeutete, dass wir so sicher wären als wenn wir in der EU blieben. Außerhalb der EU haben wir keinen Zugang z.B. zum Europäischen Haftbefehl und zahlreichen anderen Regelungen, die Kooperation und Informationsaustausch ermöglichen.“⁵ Im aktuellen Stand der Verhandlung EU–Großbritannien ist die Gestaltung der zukünftigen Sicherheitspolitik einer der Punkte, die in der zweiten Phase angegangen werden sollten. Aber noch ist ein Ende der ersten Phase – eigentlich auf Mitte Dezember angedacht – nicht in Sicht. Das European Policy Center (EPC) schätzt die Lage bei den Verhandlungen in dieser Hinsicht

so ein, dass beide Partner weiterhin eng zusammenarbeiten wollten, aber drei Unsicherheiten bestehen: „erstens die Positionierung Großbritanniens in globalen Angelegenheiten. Zweitens die Entwicklungen innerhalb der EU selbst. Drittens hängt alles an der Qualität der Trennung, ob gütlich oder unfreundlich.“

Die britische Regierung ist bei den Verhandlungen in einem echten Dilemma: „Ich glaube, die anderen 27 EU-Staaten wären geschockt, wenn sie realisierten, dass der von Boris Johnson angeführte Teil des Kabinetts noch nicht einmal wirklich verhandeln will“, meint Peter Mandelson, der ehemalige britische EU-Kommissar.⁶ Diese Spaltung innerhalb der konservativen Partei scheint das Hauptproblem für die wenig vorankommenden Verhandlungen zu sein. Die politische Opposition scheint im Moment keine wirkliche Stimme zu erheben – auch sie ist gespalten in der Trennungsfrage.

Eva Detscher, Karlsruhe

[1] „Karlsruher Gespräche“, eine Veranstaltungsreihe des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft (ZAK) am KIT, Karlsruhe

[2] FAZ vom 19.10.17: „Britisches Armageddon“

[3] Süddeutsche Zeitung vom 27.10.17: „Autonomie“

[4] The Economist, 9. September 2017: „Keeping calm and carrying on“

[5] Zitiert nach dem Aufsatz von A. Glees und J. Ridley-Jones: „Viewpoint: The Current Challenges to UK National Security and How They Might be Addressed“, Journal of the Australian Institute of Professional Intelligence Officers AIPIO | 2017 | Volume 25, Number 1

[6] FAZ vom 21.10.17: „Düstere Warnungen zum Brexit“

Katalonien: Keine Republik nirgends

Nachdem das katalanische Regionalparlament am 27. Oktober mit seiner separatistischen Abgeordnetenmehrheit zu Maßnahmen zur Konstitution einer Republik Katalonien aufgerufen hatte, erklärte die zweite Kammer des gesamtspanischen Parlamentes, der Senat, das katalanische Parlament für aufgelöst und beschloss die Anwendung des Artikels 155 der Verfassung Spaniens.

Die Mehrheit im katalanischen Parlament für die Ausrufung einer von Spanien unabhängigen Republik Katalonien besteht seit den letzten Regionalwahlen 2015. Sie setzt sich zusammen aus der Fraktion des Wahlbündnisses „Gemeinsam für das Ja“ (JxSí), welches auch die Regionalregierung stellte, und der sie tolerierenden antikapitalistischen Kandidatur der Volkseinheit (CUP).

Das Wahlbündnis JxSí besteht aus der liberal-konservativen Demokratisch Europäischen Partei Kataloniens (PDeCAT) und der sozialdemokratischen Republikanischen Linken Kataloniens (ERC). Beide Parteien sind traditionell katalanistisch orientiert. Die Vorläuferpartei der PDeCat hat Katalonien seit den ersten freien Wahlen 1977, dem Ende der Francodiktatur, nahezu ununterbro-

chen regiert und geprägt. Zum einen mit knallharter kapitalfreundlicher Standortpolitik, welche die Region Katalonien innerhalb Spaniens als eine der drei wirtschaftsstärksten ausgebaut hat – neben der Hauptstadtregion und dem Baskenland – zum anderen mit einer kulturalistischen Sprach- und Brauchtumspolitik, welche die eigenständige romanische Sprache Katalanisch gegenüber Spanisch positiv diskriminierte. Die Bourgeoisie der Handelsregion ist weltoffener und liberaler als die strukturell noch oligarchisch geprägte Bourgeoisie Zentralspaniens mit ihren engen Verbindungen zu Militär und Hochklerus, in welcher der reaktionäre Opus-Dei-Orden bis heute einflussreich ist.

Obwohl in Katalonien von 16 % der Bevölkerung Spaniens 19 % des Brut-

toinlandsproduktes erwirtschaftet werden, ist die Infrastruktur der Region teilweise sehr marode und im Vergleich zur Hauptstadt Madrid weniger ausgebaut. 2016 kamen aus Katalonien 25,9 % des Warenexports Spaniens und 22,9 % der Produktion des Landes. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 13,2 % gegenüber 17,2 % in ganz Spanien. Das Bruttoinlandsprodukt pro Person ist nur in den Regionen Madrid und im Baskenland höher. In Katalonien liegt das BIP je Einwohnerdem bei 30.900 Euro, in ganz Spanien bei 25.900 Euro, in der ärmsten südlichen Region Extremadura bei 17.800 Euro. Das gesamte BIP Kataloniens beträgt mit 228 Milliarden nur eine weniger als das Portugals.

Der Wirtschaftskraft der traditionell stark industrialisierten Region, in der überdies auch 16, 8 % der Tourismuseinnahmen Spaniens erwirtschaftet werden, steht in einem starken Kontrast zu ihrer Berücksichtigung bei Investitionsentscheidungen, die zentralistisch in Spanien getroffen werden. Dabei gibt

es keine klaren Regeln wie etwa einen Länderfinanzausgleich oder Rechtsansprüche, sondern für Außenstehende transparente Einzelfallentscheidungen. So ist etwa die Mittelmeerstrasse, mit welcher der größte und der drittgrößte Hafen Spaniens – der von Valencia und der von Barcelona – eine effiziente Güterzugangsbinding nach Mitteleuropa erhalten, jahrelang verzögert worden, ohne dass es hierfür offizielle Gründe gab. Wer sich in Barcelona oder der ebenfalls über einen bedeutenden Exorthafen verfügenden Stadt Terrassa abseits der touristischen Hotspots bewegt, wird nicht denken, wie hoch die in diesen beiden Städten erarbeitete Wertschöpfung ist.

Seit die Finanzkrise 2007 in Spanien durchschlug, deren Folgen bis heute der proletarischen Bevölkerung das Leben erschweren, insbesondere durch die fortgesetzte brachiale Austeritätspolitik, erscheint es für immer mehr Bewohnende der Region um Barcelona verlockend, sich von Spanien loszusagen und damit auch die Austeritätspolitik abzuschütteln. Und die Korruption, die in Spanien so große Ausmaße angenommen hat, dass Kommunalpolitiker der konservativen, das Land seit 2011 regierenden Volkspartei (PP), erst dann ihren Posten räumen müssen, wenn sie rechtskräftig verurteilt sind – der Verdacht, selbst der Nachweis der Korruption alleine reichen nicht aus für die Erzwingung eines Rücktritts. Die Verbindungen zwischen der PP und der Bauwirtschaft auf Kommunalebene sind sprichwörtlich, wobei auch die zweite große Partei, die sozialdemokratische PSOE, viele Korruptionsfälle aufweist, ebenso die Regionalparteien wie PdeCat oder die baskisch-nationalistische Partei (PNV). Bei der PdeCat geht dies soweit, dass der langjährige, von ihrer Vorläuferformation CiU gestellte Regionalpräsident Jordi Pujol, auch „Mister drei Prozent“ genannt wurde: Bei Auftragsvergabe an eine Firma hatte diese drei Prozent des Auftragsvolumens an seine Partei bzw. Pujol zu überweisen. Ein großer Teil dieses Geldes landete auf privaten Kontos der Familie Pujol, gerne bei Banken in Andorra. Auch davon lenkt die PdeCat mit ihrer Vorwärtsstrategie für die Unabhängigkeit Kataloniens ab. Ebenso wie von ihrer früheren Unterstützung der Austeritäts- und Sparpolitik zulasten sozial Bedürftiger.

Nachdem 2010, noch zu Zeiten der sozialdemokratischen Vorgängerregierung, die konservative PP unter dem heutigen Präsidenten Spaniens, Mariano Rajoy, gegen ein erweitertes Autonomiestatut für Katalonien geklagt hatte, erreichte die PP, dass der Verfassungsgerichtshof das Statut annullierte. Die entscheidenden Richter waren in ihrer Mehrheit, wie

bei den höchsten Gerichten des Landes üblich, Parteidäger der PP. Nachdem die PP so erfolgreich den Versuch der Sozialdemokraten torpediert hatte, die Region Katalonien über eine Föderalisierung in Spanien einzubinden, verschärfte sie diesen Kurs nach ihrer Regierungübernahme im Dezember 2011 noch: Absprachen über einen transparenteren Finanzausgleich wurden abgeblockt, stattdessen reihenweise Regionalgesetze Kataloniens für verfassungswidrig erklärt und aufgehoben, welche die Austeritätspolitik oder die ultrakatholischen Normen der PP in Frage stellten. Während sich die katalanischen Konservativen auf die regionalistischen Linksrepublikaner zu bewegten, und so bei abnehmender Wählerschaft an der Regierung blieben, gab es auf gesamtspanischer Ebene eine entgegengesetzte Bewegung: Die PP verstärkte ihre kapitalfreundliche Austeritätspolitik für den nationalen Wettbewerbsstaat Spanien und ihren spanisch-nationalen Zentralismus, während sich die spanische Sozialdemokratie der PSOE hierbei aus vermeintlich staatsmännischen Überlegungen unterordnete und anschloss. Bis zu dem tragischen Tiefpunkt, dass der Oppositionsführer Pedro Sánchez von der PSOE zwar gegenwärtig gerne vom Dialog spricht, aber unter seiner Führung die PSOE im spanischen Parlament den harten, repressiven Kurs der PP-Regierung unter Mariano Rajoy gegenüber der – von ihr abgesetzten – katalanischen Regionalregierung von Carles Puigdemont ohne größeren Widerspruch mitträgt. Dabei ist die konservative Regierung einer Minderheit, selbst mit den Liberalen der Partei Ciudadanos verfügt die PP über keine Mehrheit im Parlament. Eine Mehrheit gäbe es hingegen für eine Regierung der Sozialdemokraten der PSOE mit der linksalternativen Partei Podemos (Wir können es) plus der Vereinigten Linken, IU, rund um die spanische KP, die mit Podemos ein Wahlbündnis eingegangen ist, sowie den Regionalparteien – wie eben Carles Puigdemonts Demokratisch Europäischen Partei Kataloniens (PDeCAT) und Oriol Junqueras Republikanischer Linker Kataloniens (ERC). Aber so sehr sich Podemos auch bemühte, die PSOE von einer solchen Koalition zu überzeugen – der Funktionärsapparat der Sozialdemokraten sowie die Barone genannten Vorsitzenden der Regionalverbände erklärten beinhalt: Keine Koalition, die auf die Stimmen der Regionalisten angewiesen ist. Und keine Koalition, welche die Austeritätspolitik und das Diktat der Schuldenbremse aus Berlin infrage stellt. Diese spanisch-nationale Linie dominiert die PSOE und bewirkt, dass diese sich bei Strafe des drohenden Untergangs

in die Bedeutungslosigkeit der konservativen PP unterordnet.

Die PSOE trägt, ebenso wie die Ciudadanos, die konfrontative Politik der PP-Regierung gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen der katalanischen Regionalisten mit. Auch die Anwendung des Artikels 155 der spanischen Verfassung, was nicht weniger als die Aufhebung der Autonomie der Region und ihre direkte Unterstellung unter zentralspanische Verwaltung bedeutet. Nach der Verhaftung der Vorsitzenden der beiden größten zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Unabhängigkeit, der Katalanischen National Versammlung (ANC), und von Òmnium Cultural, Jordi Sánchez und Jordi Cuixart, die bereits vor der Absetzung der katalanischen Selbstverwaltung erfolgte, zielt die spanische Justiz jetzt auf die Kriminalisierung des Regierungskabinetts von Carles Puigdemont und des katalanischen Parlamentspräsidiums unter deren Vorsitzender Carme Forcadell. Ihnen wird Rebellion, Aufstandsvorbereitung, Veruntreuung öffentlicher Gelder vorgeworfen.

Während die abgesetzten Minister und der abgesetzte Regionalpräsident vor dem Sondergerichtshof für Terrordelikte und Organisierte Kriminalität angeklagt werden, der Audiencia Nacional, wird das Präsidium des per Dekret aufgelösten Regionalparlamentes vor dem Obersten Gerichtshof angeklagt – denn sie stehen bis zu den von Madrid kontrollierten Neuwahlen in Katalonien am 21. Dezember unter parlamentarischer Immunität. Da gilt das Recht dann doch noch.

Neun Minister der Regionalregierung, unter ihnen Oriol Junqueras, wurden am 2. November umgehend inhaftiert, nachdem sie zu Vorladungen bei der Audiencia Nacional erschienen sind. Ein Minister, Santi Vila, kam auf Kaution frei, weil er am Tag vor der Unabhängigkeitserklärung von katalanischem Parlament und Regierung zurückgetreten war. Die übrigen acht sitzen in Untersuchungshaft, es besteht Fluchtgefahr. Gegen Carles Puigdemont und vier Minister, die nach Brüssel geflüchtet waren, ergingen Europäische Haftbefehle. Sie stellten sich daraufhin am 5. November der belgischen Polizei und wollen gegen eine Auslieferung an Spanien juristisch vorgehen.

Sicher ist: Die Regionalwahlen vom 21. Dezember werden so massiv beeinflusst. Unklar ist auch, ob Carles Puigdemont und Oriol Junqueras, wie von ihren Parteien gewünscht, überhaupt wieder als Spitzenkandidaten antreten dürfen. Nicht nur, dass es eine Republik Katalonien nicht geben darf – auch der politische Einsatz für sie soll massiv erschwert werden.

Gaston Kirsche, Hamburg

Petition für Westpapua an die Vereinten Nationen: 1,8 Millionen Menschen haben unterschrieben

Zurzeit gibt es in Europa eine ganze Reihe von Bewegungen, die mehr Selbstbestimmung oder sogar staatliche Unabhängigkeit fordern. Eine solche Forderung wird auch auf der anderen Seite des Globus laut, von der wir meistens nicht soviel erfahren: in Westpapua, zur Zeit zu Indonesien gehörend. Die Organisation „United Liberation Movement for West Papua“ (ULMWP) appelliert in einer Petition an die Vereinten Nationen, gegen Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land aktiv zu werden und den indigenen Papuas endlich das Recht auf Selbstbestimmung zuzugehen.

Die Petition wurde mit Unterstützung der Labour-Partei im Januar 2017 im britischen Parlament unter der Leitung des Sprechers der „Vereinigten Befreiungsbewegung für Westpapua“ Benny Wenda gestartet und am 1. September 2017 von ihm zusammen mit einer Gruppe von Papua-Aktivisten im Büro der Vereinten Nationen in Genf und anschließend in New York überreicht. Dazu heißt es in einer Erklärung von Benny Wenda: „Ich habe sie [die Petition] an das Sekretariat des Dekolonisierungsausschusses (C-24) und des Sonderkomitees für Politik und Dekolonialisierung (Viertes Komitee) der UN Generalversammlung übermittelt, und die Vereinten Nationen darum gebeten die Situation in Westpapua neu zu beurteilen.“

Die britische Tageszeitung „The Guardian“ veröffentlichte am 27. September 2017 einen Artikel über die Petition und Aktion ihrer Übergabe. Sofort meldete sich – am 29. September 2017 – in einem Interview mit der indonesischen Tageszeitung „Jakarta Post“ der Vorsitzende des C-24 Ausschusses, Rafael Ramirez, zu Wort und bestritt, dass ihn „als Vorsitzenden persönlich“ eine Petition erreicht habe. Zudem legte er auf die Feststellung Wert, dass Westpapua nicht zu der von der UN-Generalversammlung aufgestellten Liste von 16 Ländern gehöre, die Anspruch auf „Dekolonialisierung“ hätten. Nur um die könne er sich kümmern. Die überreichte Petition ist jedoch direkt an den UNO-Generalsekretär adressiert und fordert von der UNO „einen Sondergesandten zu ernennen, um die Menschenrechtssituation in Westpapua zu untersuchen“ und „Westpapua auf die Agenda des Dekolonialisierungs-Ausschusses der UNO zu setzen und sicher zu stellen, dass das Recht auf Selbstbestimmung indigener Papuas respektiert würde, indem eine international über-

wachte Abstimmung abgehalten wird in Einklang mit einer bereits vorhandenen Resolution 1514 und 1541 (XV) der UNO-Generalversammlung.“ Dies zu dem komplizierten formalen Weg der gewünschten Selbstbestimmung.

Auf die politischen Fragen reagierte sehr schnell die zurzeit über Westpapua herrschende indonesische Regierung und sperre für ganz Indonesien sofort die entsprechende Online-Webseite, auf der die Petition veröffentlicht war. Die Papuas wussten sich zu helfen: Eine ausgedruckte Version ihrer Petition wurde heimlich „von einem Ende Papuas zum anderen umher gereicht“. Der Sprecher des indonesischen Außenministeriums Arrmanatha Nasir versuchte die Petition herunterzuspielen: Er nannte sie einen „PR-Gag, dem es an jeglicher Glaubwürdigkeit fehle“ und betonte, dass „Papua ein integraler Bestandteil Indonesiens sei, laut der Resolution 2504 (XXIV), die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1969 verabschiedet wurde.“

Komplizierter historischer Hintergrund

Westpapua wurde seit Ende der 1950er Jahre unter der niederländischen Kolonialherrschaft die Unabhängigkeit versprochen. Die Kolonie sollte 1970 endgültig ein eigenständiger Staat werden. Zu diesem Zweck wurde 1961 der Neuguinearat als Übergangsregierung der Papua gewählt und von den Niederlanden eingesetzt. Ein unabhängiger Staat war erklärtes Ziel der Papua und der Niederländer.

Mit ihrer Erklärung der bevorstehenden Unabhängigkeit gerieten die Papua

aber in direkten Konflikt mit Indonesien, das die alte Kolonialmacht der Niederlande ablöste. Sukarno, der damalige indonesische Staatspräsident, erhob seinerseits den Anspruch darauf, dass Irian, wie Westpapua von ihm genannt wurde, zu Indonesien gehöre. Bereits knapp drei Wochen nach der Staatsbildung dieses Landes im Jahre 1949 hatte er in einer Rede angekündigt, Irian von der Kolonialherrschaft der Niederlande zu befreien und einzubeleben. Nachdem ab den sechziger Jahren mehrere militärische Feldzüge gegen die Niederländer gestartet wurden, wurde Westpapua schließlich unter dem Druck des US-Präsidenten John F. Kennedy und unter Mithilfe der UNO an Indonesien übergeben, ohne dass eine Papua-Delegation in die diplomatischen Verhandlungen einbezogen wurde. Am 15. August 1962 kam es zum so genannten New York Agreement, welches allerdings ein freies Referendum im Jahr 1969 vorsah: Die Menschen in Westpapua sollten dabei unter UNO-Aufsicht entscheiden, ob sie Teil Indonesiens bleiben oder in einem eigenen Staat leben wollten.

Sukarno und sein Nachfolger Suharto hatten aber bis 1969 militärisch ihre Herrschaft in Westpapua fest etabliert. Führende Papua flohen, wurden aus ihren Ämtern entfernt oder ermordet. Irian wurde durch indonesische Truppen besetzt. Zudem hatte Indonesien in diesen Jahren erkannt, dass wertvolle Bodenschätze in Westpapua zu finden waren. Das Referendum wurde manipuliert: Anstelle einer öffentlichen Wahl legte die indonesische Regierung Wahlmänner fest, die unter Einschüchterung und Bestechung für die Eingliederung Westpapuas in den indonesischen Staat stimmen mussten. Obwohl Mitglieder der verantwortlichen UN-Delegation die Manipulation des Referendums in ihren Berichten erwähnten, wurde das Ergebnis des Referendums nie angefochten.

Nun haben im September dieses Jahres 1 804 421 Menschen die oben genannte Petition unterschrieben. Sie fordern damit – nach fast einem halben Jahrhundert des Stillschweigens – ihre Entkolonialisierung und das Selbstbestimmung für Westpapua ein. Ben-



Benny Wenda, der Vertreter von West Papua Independence, mit Jeremy Corbyn, Parteivorsitzender der britischen Labour Partei, in London.

ny Wenda erklärte, es hätten nicht nur 1 708 167 indigene Papuas – das sind nach neuesten unabhängigen Untersuchungen des australischen Demographen Jim Elmslie etwa 70,88% der indigenen Bevölkerung des Landes – unterzeichnet, sondern auch 96 254 Indonesier nicht-papuanischer Abstammung. Am 7. September 2017 traf Benny Wenda, der Vertreter von West Papua Independence, mit Jeremy Corbyn, dem Parteivorsitzenden der britischen Labour Partei, in London zusammen. Corbyn, der zugleich Gründungsmitglied der Organisation Internationale Parlamentarier für Westpapua (IPWP) ist, erklärte, dass er das Grundrecht der Westpapuaner auf Selbstbestimmung unterstütze und Befürworter der Unabhängigkeitsbewegung sei. Seit

ihrer Gründung hat sich die IPWP inzwischen weit verbreitet, so im australischen Parlament, im neuseeländischen Parlament von Aotearoa (eine Maori-Bezeichnung für Neuseeland), und im Parlament von Papua-Neuguinea. Grundlage dieser politischen Aktivitäten zu Gunsten von Westpapua ist die bereits 2016 verabschiedete Westminster Declaration for an Internationally Supervised Vote in West Papua (Westminster-Erklärung für eine international überwachte Abstimmung in Westpapua).

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Quellen: <https://www.ulmwp.org>; <https://www.bennywenda.org/2017/statement-benny-wenda-Westpapuan-peoples-petition>; <https://www.ulmwp.org/declaration-internationally-supervised-vote-independence>

che am Wahlabend das Ergebnis treffend zusammen. FPÖ und ÖVP sind mit fast austauschbaren Programmen angetreten. In der Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik hat die ÖVP langjährige FPÖ-Positionen übernommen. Umgekehrt hat sich die FPÖ mit ihrem neuen Wirtschaftsprogramm die Forderungen der Industriellenvereinigung zu eigen gemacht und ist damit voll auf ÖVP-Linie. Beide Parteien stehen heute für einen nur graduell unterschiedlichen autoritären Rechtspopulismus. Das verstehen auch ihre AnhängerInnen: Auf der ÖVP-Wahlparty wurde bei der ersten Hochrechnung zweimal gejubelt. Einmal über das eigene Ergebnis, einmal über jenes der Blauen. Die Bildung einer schwarz-blauen Regierung ist sehr wahrscheinlich.

Hunderttausende WählerInnen gingen im Vergleich zur letzten Wahl jeweils einen Schritt nach rechts. Die Grünen verloren 75 000 Stimmen an die Liste Pilz und 190 000 an die SPÖ, die SPÖ 107 000 an die FPÖ. Innerhalb des rechten Spektrums wechselten doppelt so viele WählerInnen von der ÖVP zur FPÖ als umgekehrt. Noch nie seit 1945 haben rechte Parteien mehr Stimmen erhalten als bei dieser Wahl. Das ist Folge und Ausdruck einer langfristigen Entwicklung, kein abrupter ‚Rechtsruck‘. Sie kann bis 1986 zurückverfolgt werden, als Jörg Haider die FPÖ übernommen und in eine Partei des modernen, populistischen Rechtsextremismus umgebaut hat. Die FPÖ hat den Boden über Jahrzehnte aufbereitet. Kurz fährt nun die Ernte ein.“ <http://mosaik-blog.at/nationalratswahl-2017-thesen-mosaik-linker-neustart/>

Der Bundespräsident hat Kurz mit der Regierungsbildung beauftragt, Kurz/Türkis (vormals Schwarz) und Strache/Blau haben sich rasch gefunden. Die Verhandlungsteams beraten schon. Wohin es geht? Das werden die Verhandlungen zeigen. Sicher ist jedoch, dass Fremdenfeindlichkeit und Sozialabbau einen Fixplatz auf der Regierungsbank haben werden von schwarzer und blauer Seite.

Ob es Widerstand geben wird wie im Jahr 2000? Gegen die Angelobung der ersten schwarz-blauen Regierung protestierten im Februar 2000 Zehntausende Menschen. Bundeskanzler Schüssel und die Regierung mussten durch die Hintertür zur Angelobung gehen. Zwei Wochen später beteiligten sich 300 000 an der größten Donnerstags-Demonstration. Widerstand wie im Jahr 2000 hat die zukünftige Regierung noch nicht zu befürchten.

Es ist vieles offen!

Augustin Kargl, Steiermark

Österreich hat gewählt

Die Prognosen waren richtig. Türkis statt Schwarz, das hat gezogen. Sebastian Kurz, Außen- und Integrationsminister, hat die Wahlen mit 31,5% der Stimmen gewonnen. Die SPÖ erreichte 26,9 % knapp vor der FPÖ mit 26%. Die Wahlbeteiligung war mit 80% sehr hoch.

Die gültigen Stimmen entfielen auf die einzelnen wahlwerbenden Parteien wie folgt:

Platz:	Partei:	Stimmen:	%	+/-
1.	Liste Sebastian Kurz / ÖVP:	1.595.526	31,47%	+7,48%
2.	SPÖ:	1.361.746	26,86%	+0,04%
3.	FPÖ:	1.316.442	25,97%	+5,46%
4.	NEOS:	268.518	5,30%	+0,33%
5.	Peter PILZ (Altgrüne):	223.543	4,41%	+4,41%
6.	GRÜNE:	192.638	3,80%	-8,62%
7.	GILT (Roland Düringer):	48.234	0,95%	+0,95%
8.	KPÖ Plus (inkl. Junge Grüne):	39.689	0,78%	-0,25%
9.	WEIßE (Direkte Demokratie):	9.167	0,18%	+0,18%
10.	FLÖ (Dr. Karl Schnell / Rosenkranz):	8.889	0,18%	+0,18%
11.	NBZ (Migrantenpartei):	2.724	0,05%	+0,05%
12.	ODP (Obdachlosenpartei):	761	0,02%	+0,02%
13.	SLP (Sozialistische LinksPartei):	713	0,01%	-0,01%
14.	EUAUS (Liste "Für Österreich, Zuwanderungsstopp, Grenzschutz, Neutralität, EU-Austritt"):	693	0,01%	+0,01%
15.	CPÖ (Christenpartei):	425	0,01%	+0,13%
16.	M (Männerpartei):	221	0,00%	-0,01%
17.	Team Stronach - hat nicht mehr kandidiert	0	0,00%	-5,70%
18.	BZÖ - hat nicht mehr kandidiert	0	0,00%	-3,50%

Quelle Bundesministerium für Inneres

Die Nationalratswahl 2017 ist geschlagen, das Ergebnis ist eine rechte Übermacht im Parlament. Die SPÖ konnte zwar ihr Ergebnis halten, Schwarz-Blau aber nicht verhindern. Die Grünen, bemüht gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit aufzutreten, sind aus dem Parlament geflogen. Die KPÖ Plus hat Stimmen verloren und ist sogar unter die Ein-Prozent-Marke gefallen. In der Steiermark und in Wien erreichte die KPÖ über ein Prozent.

gleiterscheinungen der Moderne. Veltlinner – Alpen-Donau-Suprematismus! Nur die roten Gfrieser gehören durch blaue Gfrieser ersetzt.“ (Falter 42/17; für den „Kronen“-Zeitung Kolumnisten Jeannee ist der „Falter“ ein Bolschewisten-Blatt.)

Im „Mosaik, Politik neu zusammensetzen“ finde ich richtig zusammengefasst:

„Der Rechtsrutsch ist umfassend – und das Ergebnis einer Entwicklung von Jahrzehnten. „Fast 60 Prozent haben heute das freiheitliche Programm gewählt.“ So fasste Heinz-Christian Stra-

Ergebnisse der Parlamentswahlen in Tschechien

Die Wahlen am 20. und 21. Oktober 2017 haben bestätigt, dass auch die tschechische Linke (radikal und moderat) im Wesentlichen dem Trend der linken Bewegung in ganz Europa unterliegt (wenn möglicherweise auch mit einer gewissen Zeitverzögerung) – einer allmählichen Schwächung, insbesondere der traditionellen Parteien und Bewegungen. In der politischen Landschaft Tschechiens gibt es zwei linke Parteien (die Sozialdemokraten und die Kommunistische Partei), die dort schon relativ lange präsent sind. Abgesehen davon, dass sich beide Parteien auf ihre traditionelle Wählerschaft stützen, versammeln sich um sie herum relativ viele Wähler, die eher locker mit ihnen verbunden sind. Der Unterschied zwischen ihnen ist, dass die Sozialdemokratie eine traditionelle reformistische Partei ist, die einen „verbesserten Kapitalismus“ anstrebt – ein Konzept, das von der Öffentlichkeit als „Wohlfahrtsstaat“ wahrgenommen wird. Die Kommunistische Partei wird in einer politisch-wissenschaftlichen Definition als antisystemische Partei angesehen.

Insgesamt haben 31 Parteien und politische Bewegungen an den diesjährigen Wahlen teilgenommen. Die Wahlbeteiligung war vergleichbar mit der früheren Wahlen, wobei langfristig gesehen die Wahlbeteiligung zurückgeht. Die Altersstruktur der Wählerschaft hat sich jedoch verändert. Vorläufige Ergebnisse zeigen eine höhere Beteiligung der jungen und mittleren Generation.

Die tschechische Gesellschaft sieht sich in langfristiger Perspektive eher europaskeptisch. Obwohl beispielsweise die EU-Integration der Tschechischen Republik

in Bezug auf die Verteidigung von 65% der tschechischen Bevölkerung als positiv erachtet wird, sehen nur 38% die politische Aktivität der EU positiv. Im Gegensatz dazu halten 69% der Tschechen die EU-Regierungspraxis für nicht im Interesse ihres Landes.

Bei der Analyse der Wahlergebnisse der tschechischen Kommunisten und Sozialdemokraten lassen sich zwei Typen von Wählern unterscheiden. Die erste Gruppe besteht aus sogenannten Verurteilern. Die zweite Gruppe besteht aus Protestwählern. Sie geben einer Partei der Linken ihre Stimme, um ihre Unzufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des sozialen oder wirtschaftlichen Lebens zum Ausdruck bringen. Entsprechend zahlreicher soziologischer Analysen nimmt eine Selbstzuordnung von Menschen zur linken oder rechten Seite des politischen Spektrums auf lange Sicht hin ab. Der Anteil derjenigen, die sich den radikalen Linken zuordnen, liegt bei 7,5 %, zur moderaten Linken bei 11,2 % und zu Mitte-Links bei 8,2 %. Mit den unterschiedlichen Parteien auf der Rechten assoziieren sich 35,4 %, 20,0 % mit Mitte-Rechts. 27,4 % sehen sich als Zentristen und 10,3 % weisen überhaupt keine Präferenzen auf (alle Daten von Mitte 2017). Diese Daten zeigen deutlich, dass die Ergebnisse der linken Parteien im Wesentlichen dieser Schichtung entsprechen, wobei einige der linken Stimmen an populistische nicht-linke Bewegungen wie ANO oder SPD verloren gingen. Langfristig zeigt sich, dass der Anteil der linken Sympathisanten weiter sinkt. Im Zeitraum 2012 bis 2013 machten sie mehr als 40 % der gesamten

Wählerschaft aus, in diesem Jahr 27 %. Die Selbstzuordnung zu den Rechten hat sich in den letzten drei Jahren nicht verändert, aber das „Zentrum“ ist deutlich gewachsen.

Die beiden linken Parteien konnten offensichtlich ihre Kernwähler mobilisieren. Dabei tun sich die Bürger schwer, das „Linkssein“ in Handlungen und Verhalten von Vertretern dieser Parteien in verschiedenen staatlichen Strukturen (Regionalregierungen, Kommunen usw.) trotz der linken Rhetorik zu erkennen. Die langfristige Fokussierung auf pragmatische Lösungen erschwert die öffentliche Wahrnehmung für strategische linke Schwerpunkte traditioneller linker Parteien und Bewegungen. Die sogenannte Neue Linke hat nicht einmal versucht, an den Wahlen teilzunehmen. Diese ist unter tschechischen Bedingungen eher ein Netzwerk von Intellektuellen, die aus der Mittelschicht (hauptsächlich in den Städten) stammt, ohne eine stärkere Organisationsstruktur, und deren lockeres Netz von Verbindungen und Ad-hoc-Aktivitäten nicht annähernd für einen Wahlkampf taugt.

Durch ihre Stimme haben die tschechischen Bürger ihren Widerwillen gegen „alte“ Regierungspraktiken traditioneller Parteien gezeigt. Die Menschen trauen Justiz und Strafverfolgungsbehörden nicht wirklich. Nur so lässt sich erklären, dass eine strafrechtliche Anklage wegen Unterschlagung europäischer Gelder von der Polizei gegen zwei Schlüsselfiguren von ANO wenige Wochen vor der Wahl nicht zu einem Verlust an Stimmen geführt hat, sondern dieser Bewegung einige zusätzliche Stimmen einbrachte. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung ist der Ansicht, dass die Strafverfolgung in erster Linie Interessen dient. Ähnliche Praktiken von Wirtschaftssubjekten in Verbindung mit den Regierungsparteien (einschließlich der Sozialdemokraten) gab es in der Vergangenheit.

Die ursprünglichen Erwartungen, dass im Wahlkampf die Frage der Migration und des Islam den wichtigsten Einfluss hätten, scheint nur zum Teil zu stimmen. Politisches Marketing hat eine große Rolle gespielt (vielleicht eine Schlüsselrolle) und die weitere politische Ausrichtung des Landes entscheidend beeinflusst. Der Wechsel von „Programmen“ zu „Personlichkeiten-Führern“ war deutlich sichtbar.

Jirí Málek, SPED, Mitglied von transform! europe, CZ

Zuerst erschienen auf der Webpage von transform! europe – gekürzte Version / eigene recht freie Übersetzung

Wahlergebnis 2017 / Sitzänderungen gegenüber 2013

Partei oder Bewegung	in %	Sitze	Änderung
ANO 2011 (Aktion unzufriedene Bürger)	29,64 %	78	+31
ODS (Demokr. Bürgerpartei, EU-skept.)	11,32 %	25	+9
Piraten (Piraten)	10,79 %	22	+22
SPD (Rechtspopulisten, EU-skeptisch)	10,64 %	22	±0
KSCM (Kommunisten, EU-skeptisch)	7,76 %	15	-18
CSSD (Sozialdemokraten)	7,27 %	15	-35
KDU-CSL (Christl. u. demokrat. Union)	5,80 %	10	-4
TOP 09 (liberal-konservativ)	5,31 %	7	±0
STAN (Bürgermeister, Unabhängige)	5,18 %	6	±0

Grüne: 1,46 %. Wahlbeteiligung: 60,84 % (2013: 59,48 %). Hürde für den Einzug ins Parlament: 5 %

Österreich: Eurowings Europe Plan: Betriebsratgründung

Damit die Eurowings Europe Belegschaft nicht länger in einem betriebsratsfreien Raum steht, wurden am 2. November mit der Wahl des Wahlvorstandes auch die Weichen für eine Betriebsratsgründung Ende November/Anfang Dezember gestellt. Derzeit herrscht Stillstand im Tauziehen um einen Kollektivvertrag für die Beschäftigten der Lufthansa-Tochter. „Wir stehen jederzeit für Gespräche und neue Verhandlungen zur Verfügung. Dieses Mal sollten unsere Verhandlungspartner aber mit vernünftigen und ernstzunehmenden Angeboten ausgestattet, an den Verhandlungstisch zurückkehren.“ Schwarcz betont, dass „wir uns nicht von Lufthansa-Chef Carsten Spohr oder anderen deutschen Managern in die Enge treiben lassen werden. Der Mutterkonzern Lufthansa fährt in Wien einen beinharten Sparkurs und zeigt keinerlei Interesse, die Abwärtsspirale für Arbeitsbedingungen, Löhne und Gehälter zu stoppen.“

www.oegb.at, 2.11.2017

Österreich: Betrug am Bau, Gewerkschaft GBH reicht's

Bei 40 Prozent ausländischer Firmen, die auf österreichischen Baustellen arbeiten, liegt ein Verdacht auf Unterentlohnung vor und die Entsendungen steigen. Dazu kommen legale Wettbewerbsvorteile für ausländische Firmen. Die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) bringt deshalb eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission ein. Die GBH fordert in dieser Beschwerde unter anderem eine Verschärfung der Entsenderrichtlinie. Kontrollen der Bauarbeiter-Umlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) belegen die Problematik. Im ersten Halbjahr 2017 wurden bei 3.075 Baustellenkontrollen 3.365 inländische Betriebe und 12.371 Arbeitnehmer kontrolliert. Dabei wurden bei 40 inländischen Betrieben bzw. 115 Arbeitnehmern Verdachtsfälle auf Unterentlohnung festgestellt (das entspricht 1,2 % der Betriebe und 0,9 % der Arbeitnehmer). Im selben Zeitraum wurden 816 Entsendebetriebe und 3.706 Arbeitnehmer dieser Betriebe kontrolliert. Dabei bestand bei 360 Betrieben bzw. 1.518 Arbeitnehmern der Verdacht auf Unterentlohnung (entspricht 44,1 % der Betriebe und 41,0 % der Arbeitnehmer). Außerdem steigt die Entsendedauer ständig. Dazu kommt, dass die entsendeten Arbeitnehmer zwei Jahre lang im Sozialversicherungssystem ihres Heimatlandes verbleiben, was für die entsendenden Firmen auf Grund geringerer Beiträge – Lohnnebenkosten

– einerseits ein Wettbewerbsvorteil ist, andererseits für die entsendeten Arbeitnehmer geringere Ansprüche bedeutet. Muchitsch: „Wir fordern, dass die Sozialversicherungsbeiträge im Zielland der Entsendung, also in Österreich eingehoben werden. Außerdem muss vor Entsendung eine mindestens dreimonatige Vorbeschäftigungzeit im Heimatland nachgewiesen werden. Sonst kommt es zu diesen dubiosen Entsendungen. Viele Firmen werden gegründet, um billige Arbeitskräfte aus osteuropäischen Ländern zu ‚importieren‘, die dann wie eine Karawane von einer Baustelle zur nächsten ziehen.“

www.bwint.org, 12.10.2017

Norwegen: NNN-Streik endet mit Kollektivvereinbarung

Der Streik (s. auch PB Nr. 10), der von der norwegischen Lebensmittelarbeitergewerkschaft NNN am 6. September beim Fischverarbeiter Norse Production ausgerufen wurde, endete am 12. Oktober mit der Unterzeichnung der Kollektivvereinbarung für den Fischverarbeitungssektor durch das Unternehmen. Nachdem die gewerkschaftliche Anerkennung sichergestellt worden ist, kann die örtliche Gewerkschaft jetzt mit der örtlichen Betriebsleitung im Rahmen der Branchenvereinbarung weitere Verbesserungen aushandeln. Die norwegischen Gewerkschaften bereiteten sich auf Unterstützungsaktionen als Zeichen der Solidarität mit der NNN vor, als das Unternehmen nicht lockerließ und versuchte, Streikbrecher zu beschäftigen. Industri Energi kündigte an, im Rahmen einer Sympathieaktion die Lieferung von Schiffsmaterial blockieren zu wollen. Die Transportarbeitergewerkschaft traf Vorbereitungen für die Einstellung der Transporte, und die NNN war bereit, die gesamte Lachsproduktion zum Erliegen zu bringen. Im Verlauf des Streiks erhielt die Gewerkschaft Solidaritätsbotschaften von Gewerkschaften aus aller Welt und bedeutende Unterstützung von der Solidarnosc in Polen und der Lebensmittelarbeitergewerkschaft LMPS in Litauen, den Heimatländern vieler der bei Norse Production beschäftigten Arbeitsmigranten.

www.iuf.org, 17.10.2017

Polen: Hungerstreik der Nachwuchsärzte

Aus Protest hat der angehende Chirurg Marcin Radoch seit fünf Tagen nichts gegessen. Inmitten von Isomatten, Schlafsäcken und Protestschildern campiert der Assistenzarzt mit 19 Kollegen im Erdgeschoss der Warschauer Uni-Kinderklinik.

Der Hungerstreik, bei dem die polnischen Nachwuchsärzte rotieren, dauert seit mehr als drei Wochen und richtet sich gegen Polens unterfinanziertes Gesundheitssystem. Marcin ist an bis zu 18 Tagen im Monat 24 Stunden am Stück im Dienst und operiert. „Die Gehälter sind so niedrig, dass wir so viel arbeiten müssen, um davon leben zu können“, sagt der Pole, der als Assistenzarzt im zweiten Jahr umgerechnet 520 Euro netto verdient. „Davon kann ich in Warschau schon als Alleinstehender kaum leben“, sagt er. Mediziner in Städten wie Breslau (Wroclaw), Krakau (Krakow) und Stettin (Szczecin) schlossen sich den Warschauer Kollegen an. Sie fordern Polens Regierende auf, die unter dem Durchschnittslohn liegenden Assistenzarzt-Gehälter anzuheben. Am meisten dränge aber die Aufstockung der Ausgaben für das Gesundheitssystem. Diese müssten binnen drei Jahren statt bisher 4,7 Prozent 6,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen, fordern die Mediziner. „Das ist in anderen EU-Ländern der Mindestdurchschnitt“, sagt Marcin. Den erhofften Erfolg brachte ihre Aktion bislang nicht. Die Regierung bot lediglich Gespräche an.

www.handelsblatt.com, www.aerzteblatt.de, 25.10.2017

Rumänien: Nein zur Übertragung von Sozialversicherungsbeiträgen

Am 21. September hat die rumänische Regierung ihre Absicht bekundet, die Sozialversicherungsbeiträge vollständig vom Arbeitgeber auf den Arbeitnehmer zu übertragen. Als Reaktion auf die Nichtkonsultation mit den Sozialpartnern und den rücksichtslosen Vorschlag versammelten sich am 4. Oktober rund 7000 Angestellte und Gewerkschaften vor dem rumänischen Regierungssitz. Premierminister Mihai Tudose empfing eine Delegation der Gewerkschaften. Auf europäischer Ebene muss Rumänien dem ratifizierten Europäischen Sozialversicherungsgesetz (9.10.2009) und der ratifizierten Europäischen Sozialcharta am 7.5.1999 entsprechen. Gemeinsam forderte die Gewerkschaftsdelegation zu einem sozialen Dialog auf, um Diskussionen über Alternativen zu führen und die Verletzung europäischer und internationaler Standards bei der Übertragung von Sozialversicherungsbeiträgen zu verhindern. Am Ende des Treffens einigten sie sich auf die Eröffnung von Diskussionen zur Änderung des Gesetzes 62/2011 über den sozialen Dialog vom 5. Oktober bis zum 5. November. Es wurde jedoch kein Konsens über die Übertragung von Sozialversicherungsbeiträgen an Arbeitnehmer erzielt.

news.industrial-europe.eu, 16.10.2017

Bulgarien: Tausende demonstrieren für bessere Löhne

Etwa 10 000 bulgarische Arbeiter gingen am 27. Oktober auf die Straßen von Sofia und verlangten menschenwürdige Einkommen und Arbeitnehmerrechte. Unterstützt von Arbeitern aus allen Sektoren, gab der Präsident des Gewerkschaftsverbandes, Plamen Dimitrov, eine Erklärung an die die Regierung und die Arbeitgeber ab: „Jeder muss für das laufende Jahr eine monatliche Gehaltserhöhung von mindestens 100 BGN (59 Dollar) haben, unabhängig von der Branche, in der er arbeitet“, sagte Dimitrov. „Unserem Land fehlen bereits Menschen, weil sie vor dem Elend fliehen“, sagte ein Vertreter der Textil- und Bekleidungsindustrie bei der Protestaktion. „Wir wollen das persönliche Engagement des Premierministers, unser Land in die kommende EU-Allianz für die Annäherung des Lohns einzubeziehen“, kündigte Plamen Dimitrov an. Gewerkschaften in Bulgarien fordern, dass die Löhne denen in anderen Ländern Europas entsprechen und Bulgarien nicht der Hinterhof Europas bleibt.

www.industrial-union.org, 2.11.2017

Georgien: Zerschlagung der Gewerkschaft bei Rustavi Avot

Einst ein Modell des sozial orientierten Unternehmens wandte sich der georgische Düngemittelproduzent Rustavi Azot nach Ankunft eines neuen Eigentümers Anfang 2017 gegen die dortige Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Metallurgie-, Bergbau- und Chemieindustriearbeiter Georgiens. Die Mitarbeiter des Unternehmens werden aufgrund ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit verfolgt und unterdrückt. Unter dem Druck der Unternehmensleitung zwingen die Werkstattleiter die Arbeitnehmer, ihre Gewerkschaft zu verlassen. Mit der Absicht, die lokale Gewerkschaft zu untergraben, entließ das Management 350 Menschen illegal. Seit März 2017 versucht die Chemiegewerkschaft, die Verhandlungen mit dem Management wieder aufzunehmen, alles ohne Erfolg. Die Gewerkschaft hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Georgiens wiederholt um Hilfe gebeten. Das Ministerium hat es jedoch nicht geschafft, die Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen.

www.labourstartcampaigns.net, 2.11.2017

Katar: Durchbruch für Arbeitnehmerrechte

Der Internationale Gewerkschaftsbund begrüßt den Durchbruch. Die Regierung von Katar will das Kafala-System (Ar-

beits- und Aufenthaltsrecht) der modernen Sklaverei beenden. Der IGB plant weitere Treffen mit Katars Arbeitsminister über die Umsetzung von Arbeitnehmerrechten für zwei Millionen Wanderarbeiter im Golfstaat. „Die neue Führung aus Katar signalisiert den Beginn von wirklichen Reformen in Katar, die den Einsatz moderner Sklaverei beenden und das Land auf den Weg bringen werden, seinen internationalen rechtlichen Verpflichtungen in Bezug auf Arbeitnehmerrechte nachzukommen. Nach den Diskussionen in Doha gibt es eine klare Regierungsverpflichtung, den industriellen Schutz für Wanderarbeiter zu normalisieren“, sagte IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. Die neuen Richtlinien und Verpflichtungen der Regierung umfassen: Arbeitsverträge werden bei einer Regierungsbehörde hinterlegt, um eine Vertragsänderung zu verhindern (Praktikanten wurde ihr Vertrag zerrissen und sie kamen an einen anderen Arbeitsplatz, oft mit einem niedrigeren Lohn). Arbeitgeber können ihre Beschäftigten nicht mehr daran hindern, das Land zu verlassen. Ein Mindestlohn wird als Grundtarif für alle Arbeitnehmer vorgeschrieben und beendet das rassenbasierte Lohnsystem. Identifizierungspapiere werden direkt vom Staat Katar ausgestellt, und die Beschäftigten müssen sich nicht länger auf ihren Arbeitgeber verlassen, um den Personalausweis vorzulegen, ohne den Arbeitnehmern medizinische Behandlung verweigert werden kann. An jedem Arbeitsplatz werden Arbeitnehmerkomitees eingerichtet, in denen die Arbeitnehmer ihre eigenen Vertreter wählen. Ein besonderer Konfliktlösungsausschuss mit einem Zeitrahmen für die Behandlung von Missständen wird ein zentrales Element für die rasche Behebung von Beschwerden sein.

www.ituc-csi.org, 25.10.2017

Indonesien: Coca-Cola-Gewerkschaften wehren sich

Fast zwanzig Jahre nachdem Indonesien sich von einer repressiven Militärdiktatur befreite, warten die Beschäftigten der indonesischen Betriebe des in Australien ansässigen Abfüllers Amatil (CCA) der Coca-Cola Company immer noch auf demokratische Rechte am Arbeitsplatz. Beschäftigte von Coca-Cola Amatil Indonesien organisieren sich, um unabhängige Gewerkschaften zu bilden. Das Unternehmen hat darauf mit systematischen Attacken auf ihre Mitglieder und gewählten Führer reagiert. Bei der Unterdrückung der Menschenrechte macht CCA gemeinsame Sache mit der Gewerkschaft der Tabak-, Lebensmittel- und Getränkebeschäftigen von Indo-

nesien, einer Organisation, die aus der Suharto-Militärdiktatur stammt, um die Arbeitnehmer an der Organisierung zur Verteidigung ihrer Menschenrechte zu hindern. In Indonesien hält Coca-Cola Amatil an Kollektivvereinbarungen aus der Suharto-Ära fest, bei denen es sich in Wirklichkeit um Disziplinarordnungen handelt, um die Arbeiterschaft zu kontrollieren und zu steuern.

[iuf@iuf.org](http://iuf.org), 20.10.2017

Mauritius: Schulreiniger im Hungerstreik

Zwei GewerkschaftsführerInnen und fünf Reinigungskräfte sind gegen Armutslöhne an Schulen in Mauritius in den Hungerstreik getreten. Niedrigstekommen von nur 43 US-Dollar im Monat sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse für 333 Frauen an Schulen in Mauritius führten am 13.10. zum Hungerstreik des Confédération des Travailleurs du Secteur Public et Privé Vorsitzenden Reeaz Chutto und der Generalsekretärin Jane Ragoo sowie fünf Kolleginnen aus den Reihen der Reinigungskräfte.

labourstart.org 24.10.2017

Neuseeland: Kampf für gute Arbeitsplätze

Die der IUL angeschlossene Gewerkschaft E tu hat sich zusammen mit kommunalen Vertretern für den Erhalt guter Arbeitsplätze bei Mondelez eingesetzt und kritisiert die endgültige Entscheidung des Konzerns, die gesamte Produktion von Cadbury-Erzeugnissen aus seiner Fabrik in Dunedin, Neuseeland, nach Australien zu verlagern. Die E tu fragt sich, ob Mondelez jemals ernsthaft vorhatte, einen lokalen Dritthersteller zu finden. Ein in Neuseeland ansässiges Unternehmen, Rainbow, stand in Verhandlungen mit Mondelez. Rainbow erklärte dazu, „das Herstellungsverfahren ist nicht so speziell, als dass wir das nicht mit einem minimalen Investitionsaufwand hätten bewerkstelligen können“. Wieder einmal hat Mondelez eine Produktionsverlagerung beschlossen, um Kosten einzusparen. Dunedin hat in den letzten Jahren aufgrund einer Reihe von Fabrikschließungen mehr als 1200 gut bezahlte Vollzeit-Fabrikarbeitsplätze verloren. Alles, was Mondelez hinterlässt, ist die Touristenattraktion Cadbury World mit 35 Angestellten, überwiegend Teilzeitkräfte – eine schmerzliche Erinnerung an die Cadbury-Fabrik, die 1884 in Dunedin mit der Herstellung von Schokolade begann.

www.iuf.org, 24.10.2017

Zusammenstellung: Edith Bergmann, Hannover

Menschenrechte und Rechtsstaat stärken

BERLIN. Anlässlich der konstituierenden Sitzung ruft Amnesty International die Mitglieder des 19. Deutschen Bundestages und die sondierenden Parteien dazu auf, Menschenrechte zum Leitbild ihrer Politik zu machen und denen, die versuchen, dieses Leitbild und den Rechtsstaat zu schwächen, deutlich entgegen zu treten.

„Der neu gewählte Bundestag, der heute zusammenkommt, wird in den kommenden vier Jahren Antworten auf schwierige Fragen finden müssen. Auf internationaler und europäischer Ebene stellen politische Akteure internationales Recht und die multinationalen Institutionen in Frage. Und auch in Deutschland wird unser Selbstverständnis eines Rechtsstaates mit Grund- und Freiheitsrechten, Minderheitenschutz und Achtung der Menschenrechte durch Stimmen der Ausgrenzung und des Rassismus herausgefordert“, erklärt Markus N. Beeko, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland, anlässlich der heutigen konstituierenden Sitzung des 19. Deutschen Bundestages.

Amnesty International erinnert die gewählten Bundestagsabgeordneten daran, bei den anstehenden Entscheidungen den Auftrag von Artikel 1 unseres Grundgesetzes zu verinnerlichen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. „Die neuen Mitglieder des Bundestags sind gefordert, sich in diesen Zeiten an dem Leitbild der Menschenrechte zu orientieren und nicht allein an Fraktionsdisziplin oder taktischen Überlegungen“, sagt Markus N. Beeko.

Besondere Verantwortung kommt auch den Verhandlungspartnern der Sondierungsgespräche zu. „Wenn die Parteien über das Programm der zukünftigen Bundesregierung verhandeln, muss ihr Kompass der Schutz der Menschenrechte und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sein. Die Verhandlungspartner müssen erkennen, dass sie sich in dieser Zeit nicht von der nächsten Landtagswahl oder vom Wettbewerb um die wichtigsten Ressorts leiten lassen dürfen und damit riskieren, dass an den Grundpfeilern unserer Gesellschaft gerüttelt wird“, so Beeko. „Alle, die Verantwortung in Parlament und Regierung übernehmen wollen, sind gefragt, nun deutlich für die Errungenschaften des Grundgesetzes und der vor knapp 70 Jahren verabschiedeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte einzutreten.“

„Es gilt – bei allen Unterschieden – ein gemeinsames starkes Bekenntnis zum

Schutz der Grundrechte, zu Teilhabe und der Achtung der Menschenrechte an alle Bürgerinnen und Bürger zu senden. Dieses Leitbild ist bei jeder Gesetzesinitiative und in allem Regierungshandeln mitzudenken und durchzusetzen. Wir müssen Gesetze im digitalen 21. Jahrhundert so gestalten, dass Grund- und Bürgerrechte auch in Zukunft gewahrt bleiben. Bei der Herausforderung, die Sicherheit unserer Gesellschaften zu gewährleisten, ist darauf zu achten, dass Eingriffe in Grund- und Freiheitsrechte nur verhältnismäßig, bestimmt und unter unabhängigen rechtsstaatlichen Kontrollen vorgenommen werden. Denen, die versuchen, dieses Leitbild und unseren Rechtsstaat zu schwächen, muss deutlich entgegen getreten werden; auch Gewalt gegen Minderheiten und rassistische Übergriffe sind mit allen Mitteln des Rechtsstaates entschlossen zu verhindern und zu verfolgen“, sagt Beeko.

„Und ein verantwortungsvolles Handeln macht nicht an den Grenzen Deutschlands halt. Ein Verzicht auf Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Regierungen, die diese Waffen für schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen nutzen, liegt ebenso in der Verantwortung der neuen Regierung, wie die Stärkung internationaler Verträge und Institutionen. Dort, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, brauchen friedliche Menschenrechtsverteidiger Unterstützung und Beistand. Und Deutschland muss sich ernsthaft und glaubwürdig auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass vor Verfolgung schutzsuchende Frauen, Männer und Kinder sichere und legale Zugangswege bekommen, um Asyl zu suchen – und nicht mit Unterstützung der EU nach Libyen gebracht werden, wo Misshandlungen, Erpressung und Vergewaltigungen an der Tagesordnung sind.“

www.amnesty.de/

Die Hamburger Datenschlacht

Eine EU-„Extremistendatei“ müsse her – das war eine der Forderungen, mit der die etablierte Politik auf die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg reagierte. Seit dem EU-Gipfel von Göteborg im Juni 2001 und dem der G8 in Genua einen Monat später ist die Einrichtung einer solchen Datenbank über „troublemakers“ regelmäßig Gegenstand der einschlägigen EU-Gremien. Die Forderung – vor allem vorgetragen von deutschen Politiker*innen – ist aber ebenso

regelmäßig gescheitert – an technischen und an rechtlichen Problemen. Aber auch ohne eine solche europäische Datei tauschen die „Sicherheitsbehörden“ anlässlich von Gipfeltreffen Daten aus – so auch beim Hamburger G20-Treffen. Was den Verfassungsschutz anbetrifft, verweigert die Bundesregierung wie üblich die Auskunft – Staatswohl, Third-Party-Rule, das übliche Blabla.

Das Bundeskriminalamt (BKA) erhielt Daten vor allem über die 1979 gegründete Police Working Group on Terrorism (PWGT), der die Staatsschutzabteilungen der Kripo-Zentralen der EU-Staaten sowie Norwegens, Islands und der Schweiz angehören. Seit dem Jahr 2000 beschäftigt sich die PWGT auch mit „politischen gewalttätigen Aktivitäten“. Die Working Group gehört nicht zur EU, sie schwebt letzten Endes im rechts- und kontrollfreien Raum.

Die Bundespolizei (BPol) tauschte mit ihren grenzpolizeilichen Partnerorganisationen Daten aus: Sie erhielt aus zehn europäischen Staaten sowie den USA und China Informationen zu 175 Personen und sie lieferte an zehn europäische Staaten Daten über 335. Wie üblich bei Gipfelprotesten waren die Kontrollen an den Schengen-Grenzen wieder eingeführt worden. 62 potenziellen DemonstrantInnen wurde die Einreise verweigert, darunter 33 Personen, die mit dem Extrazug von Basel nach Hamburg fahren wollten. Laut Auskunft eines Betroffenen verfügten die BPol-Beamten über Personenlisten, die sie offensichtlich von schweizerischen Behörden erhalten hatten. Die PolizistInnen, die ihn kontrollierten und ihm die Einreise verweigerten, hätten gewusst, dass er in der Schweiz einmal wegen Landfriedensbruchs verurteilt worden war. Auf telefonische Nachfrage – bei welcher Institution ist unklar – erhielten sie Informationen über weitere Ermittlungen gegen ihn, darunter noch anhängige Fälle sowie zwei Verfahren, in denen er freigesprochen wurde. Einige Tage vor Abfahrt hatte die BPol den Zugbetreiber aufgefordert, doch vorab die Personalien sämtlicher Reisenden mitzuteilen, um die Kontrollen zügiger abwickeln zu können.

Beim G20-Gipfel wurden aber nicht nur Daten ausgetauscht, sondern auch gesammelt – und zwar unter anderem durch technische Methoden: Dazu gehörten nicht nur die ständigen Videoaufnahmen. In 38 Verfahren griff die Polizei zum Mittel der Funkzellenabfra-



ge, d.h. sie stellte die Kennungen der in einer (oder mehreren) Funkzelle(n) präsenten Mobiltelefone fest. Sie setzte auch einen IMSI-Catcher ein, versandte „stille SMS“ und führte präventive Telekommunikationsüberwachungen durch. Was die Datensammlung des Landesamtes für Verfassungsschutz betrifft, ist der Hamburger Senat mit Auskünften zwar knausriger, bestätigt aber den Einsatz von „stillen SMS“ in 31 „Informationsgewinnungsverfahren“ sowie „Beschränkungsmaßnahmen nach dem G10-Gesetz“, sprich: geheimdienstliche Telekommunikationsüberwachungen.

Hinzu kommen die Daten, die die Polizei direkt bei den Betroffenen erhob: bei den 186 Festgenommenen, den 225 Leuten, die im Gewahrsam landeten, und der unbekannten Zahl derer, deren Personalien festgestellt wurden bei diversen Kontrollen – im Umfeld der Camps, in Bussen bei der Anfahrt und bei der Rückfahrt aus Hamburg. In der Woche nach dem Gipfel nahm eine polizeiliche Sonderkommission „Schwarzer Block“ mit 170 MitarbeiterInnen aus Hamburg sowie aus anderen Ländern und dem Bund ihre Arbeit auf. Ein Hinweistelefon wurde aufgeschaltet und ein Portal eingerichtet, das es Privaten ermöglicht, entsprechende Fotos und Videos hochzuladen. Wie viele Strafverfahren daraus am Ende resultieren, bleibt abzuwarten. Sicher ist jedoch, dass der G20-Gipfel die Staatsschutzdateien von Bund und Ländern weiter anschwellen lassen wird. Wie schwer es ist, dort wieder herauszukommen, haben auch die 32 JournalistInnen erfahren, denen die Akkreditierung beim G20-Gipfel nachträglich entzogen wurde. Die Daten, die zu ihrem Ausschluss geführt haben, beruhen teilweise auf Verwechslungen, sind teilweise uralt, beziehen sich auf Ermittlungsverfahren, die eingestellt wurden oder in Freisprüchen endeten ... Sie waren aber in allen Fällen den Betroffenen nicht bekannt. www.grundrechtekomitee.de/node/888

Nach dem G20-Gipfel: Videoüberwachung ausgebaut

HAMBURG. Die Hamburger Innenbehörde hat in den vergangenen Monaten mindestens drei Millionen Euro in neue Kameraanlagen oder in den Ausbau bestehender Anlagen investiert. Das geht aus der Senatsantwort auf eine schriftliche Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft hervor. So wurden Kameras an Polizei- liegenschaften, Hotels und im Stadtumfeld neu installiert. Insgesamt sechs der anlässlich des G20-Gipfels neu aufgestellten Kameraanlagen sollen dauerhaft bestehen bleiben – obwohl die Polizei

noch im August, ebenfalls auf Anfrage der Linksfraktion (siehe Drs. 21/10062), angegeben hatte, dass nur drei der neu aufgebauten Kameras bestehen bleiben sollen. Neben den 79 ständig eingesetzten Kameras, die unter anderem der Verkehrsaufklärung dienen, stehen nun an 31 weiteren Orten Kameras, die anlassbezogen einzusetzt werden sollen. Insbesondere die kürzlich erfolgte Installation einer hoch auflösenden Kamera auf dem Fernsehturm wirft Fragen auf. Dazu erklärt Christiane Schneider, innenpo-

litische Sprecherin der Linksfraktion: „Von dieser Position aus können weite Teile der Stadt kleinteilig überwacht werden. Selbst wenn diese Möglichkeit heute nicht ständig genutzt wird, so zeigt die Erfahrung, dass einmal installierte Technik mit der Zeit verstärkt eingesetzt wird. Die Polizei muss genau erklären, was sie mit dieser Kamera bezieht und ob sie wirklich gebraucht wird. Gegebenenfalls muss die Politik Vorgaben zum Einsatz der Überwachungstechnik machen.“ www.linksfraktion-hamburg.de

Videoüberwachung schafft keine Sicherheit

ERFURT. Nachdem die Sicherheit auf dem Erfurter Anger bereits Thema im Sommerloch war, steht sie nun auch am Mittwoch, den 6. September 2017, auf der Tagesordnung des Erfurter Stadtrates. Besonders die CDU tut sich dabei mit dem plakativen wie wirkungslosen Vorschlag einer „Videoüberwachung am Anger und anderen kritischen Bereichen in der Stadt“ hervor. Martina Renner, MdB und Bundestagsdirektkandidatin für Die Linke im Wahlkreis 193, kommentiert: „Permanente Wiederholungen machen einen solchen Vorschlag nicht besser, denn das Versprechen, Videoüberwachung erhöhe präventiv die Sicherheit der Bevölkerung,

Martina Renner ist Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied im Innenausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz. Sie ist außerdem im Beirat Bündnis für Demokratie und Toleranz und Mitglied im Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt sowie Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im Bundestag sowie Obfrau im NSA-Untersuchungsausschuss.

ist nachweislich falsch.“ Bei einer Dichte von 4,5 Millionen Kameras in Großbritannien bezeichnete der Leiter von Scotland Yards Videoüberwachungsabteilung 2010 die Kameraüberwachung als „völliges Fiasko“ für die Strafverfolgung und für die Prävention. Es handelt sich um einen intensiven Eingriff in die Bürgerrechte und die Privatsphäre der willkürlich Betroffenen. Gerne verschwiegen wird, dass Kameras erst im Nachhinein ausgewertet werden. Eine „zusätzliche Sicherheitsgewährleistung“ und damit eine tatsächliche Verbesserung der öffentlichen Sicherheit werden so nicht erreicht.

www.martina-renner.de

André Hahn: V-Leute-System endlich abschaffen

Der ohnehin schreckliche Anschlag vom Dezember vergangenen Jahres erhält – wen die Medienberichte zutreffen – nochmal eine völlig neue Dimension. Die im Raum stehenden Vorwürfe sind ungeheuerlich und müssen umfassend aufgeklärt werden, politisch wie auch strafrechtlich. Politisch sind vor allem vor allem die jetzige und die vorherige Landesregierung in NRW gefordert, endlich aus der Deckung herauszukommen und alle ihr bekannten Informationen zu der dubiosen V-Person offen zu legen, nicht zuletzt gegenüber dem im dortigen Landtag tätigen Untersuchungsausschuss. Aber auch auf Bundesebene müssen Konsequenzen gezogen werden. Der neue Fall zeigt einmal mehr, dass das seit langem umstrittene V-Leute-System endlich abgeschafft werden muss. Es bringt nicht mehr Sicherheit, sondern gefährdet im Zweifelsfall sogar Leib und Leben von Menschen. Nachdem die große Koalition in der nun ablaufenden Wahlperi-

ode sogar Straftaten von V-Leuten des Verfassungsschutzes ausdrücklich legitimiert hat, stellt sich nunmehr die Frage, ob es überhaupt irgendwelche roten Linien für bezahlte Spitzel gibt und falls ja, wer deren Einhaltung denn überhaupt kontrolliert beziehungsweise kontrollieren kann. Zudem drängt sich die Frage auf: Was wusste die Bundesregierung, was wusste Innenminister de Maizière von den nun in Rede stehenden Vorgängen? Was die strafrechtliche Seite anbelangt, so teile ich ausdrücklich die Position meiner Kollegin Martina Renner, dass hier dringend die Staatsanwaltschaft tätig werden muss. Wer zu Gewalt, Terror und im Zweifel zu Mordtaten aufruft, ist ein Fall für die Justiz und muss entsprechend hart bestraft werden. Wer hier Quellen- oder Informantenschutz vor Strafverfolgung stellen will, hat den Ernst der Lage nicht begriffen.

www.andre-hahn.eu

Das Berliner Büro des Bundestagsabgeordneten **Dr. André Hahn** (Die Linke) aus Gohrisch im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge teilt mit: ... André Hahn ... mit großer Mehrheit (83%) zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Leiter des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik gewählt. Fachlich möchte André Hahn auch in den kommenden vier Jahren im Parlamentarischen Kontrollgremium für die Geheimdienste sowie im Sportausschuss des Bundestags mitarbeiten

Wiedereinführung der Videoüberwachung in der Mannheimer City

Die Verwaltungsspitze „informiert“ den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung – es darf diskutiert werden. In den Haushaltsberatungen wird nur über das Geld entschieden

Erneut aufgebracht hat die Beschäftigung der Stadt mit Videoüberwachung des öffentlichen Raumes die damalige AfD-Fraktion im November 2014 mit einer Anfrage: „Mehr Prävention und verbesserte Aufklärungsmöglichkeiten durch Videoüberwachung“ (A279/2014). Das war noch vor der aufgeregten Sicherheitsdebatte im Anschluss auf die Aufnahme von bis zu 15 000 Geflüchteten 2015. Die Antwort der Verwaltung enthielt die Botschaft, es gebe keine Veranlassung und vor allem auch im Rahmen des Polizeigesetzes Baden-Württemberg keine Möglichkeit, die von 2001 bis 2007 praktizierte Videoüberwachung in der City wieder aufzunehmen. CDU, ML griffen das Thema dann 2016 erneut auf. Die Verwaltung antwortete mit einer „Informationsvorlage“ (Vo84/2016): „Die Verwaltung wird in Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Mannheim, auf Basis der Lagebeurteilung hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung, die Voraussetzungen für die (Wieder-) Einführung der punktuellen Videoüberwachung an einzelnen Kriminalitätsbrennpunkten im Stadtgebiet Mannheim schaffen.“ Bis heute hat der Gemeinderat bzw. der fachlich zuständige Ausschuss für Sicherheit und Ordnung (ASO) lediglich weitere Info-Vorlagen zur Kenntnisnahme bekommen, die die Wiederaufnahme der Videoüberwachung (teilweise „Videoschutz“ genannt) immer weiter präzisieren. Am 18.9. steht die neueste Ausgabe (V450/2017) „zur Kenntnisnahme“ auf der Tagesordnung.

Aber tatsächlich soll dann auch ein Beschluss gefällt werden: Im Ausschuss für Umwelt und Technik am 19.9. (V447/2017)

und dann in den Etatberatungen: Da sollen 800 000 Euro locker gemacht werden für die Installation einer „intelligenten Videoüberwachung“, für den „Aufbau eines verlässlichen und rechtskonformen Systems zur algorithmusbasierten Bewegungsmustererkennung“.

Der Beschluss der Arbeitsgruppe aus Stadtverwaltung und Polizei:

Die „intelligente“ Videoüberwachung soll an folgenden Plätzen, alles „Kriminalitätsschwerpunkte“, installiert werden:

- Vorplatz am Hauptbahnhof (Beibehaltung und Modernisierung der Bestandsmaßnahmen)
- „Breite Straße“ (von Paradeplatz, inklusive Marktplatz bis Neckartor)
- Bereich „Alter Messplatz“ (Alter Messplatz, Am Alten Messplatz, Am Messplatz, Brückenstraße)
- Fußgängerzone O 7 / P 7 (sog. „Plankenkopf“)

An 28 Standorten sollen insgesamt 71 Videokameras (60 statische und 11 sog. PTZ-Kameras [schwenkbar, mit Zoom-Funktion]) montiert werden. Die Speicherfrist soll 72 Stunden betragen, die Löschung automatisch erfolgen.

„Bezugspunkt der Kriminalitätsbelastung ist vor allem der Bereich der Straßenkriminalität. Delikte der Straßenkriminalität sind Straftaten, die in ihrer Tatphase ausschließlich oder überwiegend auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen begangen werden und visuell wahrnehmbar sind, etwa Raub, Körperverletzung, Betäubungsmitteldelikte, Sachbeschädigung, Sexualdelikte, Diebstahl, insb. Taschendiebstahl, etc.“

Die „Intelligenz“ der Kameras soll darin

bestehen, dass sie „nur auf das Erkennen solcher Verhaltensmuster ausgerichtet (ist), die auf die Begehung einer Straftat hindeuten. Dadurch ist klargestellt, dass insoweit keine Detektion von Szenarien zulässig ist, die als Ordnungswidrigkeit bloßes Verwaltungsrecht darstellen.“

Eine Dauerbeobachtung durch einen Polizeibeamten am Monitor wie zu Beginn des Jahrhunderts („Mannheimer Weg“), soll dadurch erübrigt werden. Die Software soll alles Nicht-Relevante herausfiltern und damit nur auf Eingriffsnotwendigkeiten hinweisen. In einem solchen Fall soll sofort eine polizeiliche Interventionsgruppe losgeschickt werden.

Die Sache mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden

Ausgangspunkt der Überlegungen der Verwaltung ist das „subjektive Sicherheitsempfinden“ auf dem Hintergrund einer Zunahme der Straßenkriminalität seit 2015. „Das Sicherheitsgefühl (auch) der Mannheimer Bürgerinnen und Bürger hat in jüngster Zeit erheblich abgenommen und die Kriminalitätsfurcht ist – wie in ganz Deutschland – gestiegen. Die Unsicherheit der Menschen stellt dabei eine soziale Realität dar: Gefühlte Unsicherheit ist reale Unsicherheit. Und vorliegend korrespondiert das Gefühl mit der Lage.“

Das subjektive Sicherheitsempfinden ist eine komplexe Angelegenheit. Richtig ist, dass man die Befindlichkeit der gefühlten Unsicherheit ernst nehmen muss. Sie schränkt die gesellschaftliche Teilhabe der betroffenen Menschen ein, indem sie sich nicht mehr wie zuvor „rausbewegen“. Die Einrichtung der Videoüberwachung soll demonstrativ das Sicherheitsgefühl stärken.

Wer das Sicherheitsgefühl stärken will, muss sich jedoch auch fragen: Welche Situationen genau machen den Menschen ein schlechtes Gefühl, so dass sie diese meiden? Ist es der Spaziergang auf der Breiten Straße? Der nächtliche Nachhauseweg? Die Präsenz von lärmenden Männergruppen? Die Nähe von Junkies oder Dealern?

Ist das Gefühl durch eigenes oder kolportiertes fremdes Erleben verursacht? Welche Rolle spielen Diskurse in den Social Media und Presseberichte oder gerade das angebliche Unterschlägen von kriminellen Aktionen? Lässt sich der Diskurs durch Aufklärung und durch verstärkte Kampagnen gegen das Wegschauen beeinflussen?

Die Einrichtung eines technischen Mittels springt hier zu kurz. Niemand bezweifelt, dass das Sicherheitsempfinden in „unsicheren Zeiten“ durch Polizeipräsenz auf der Straße am besten zu stärken

Anstieg der Straßen- und Betäubungsmittelkriminalität



ist. Nur sei dies eben nicht bezahlbar. Dies jedoch ist keine technische, sondern eine politische Frage.

Wer oder was beweist eigentlich die Wirksamkeit der Videoüberwachung hinsichtlich Kriminalitätsverhinderung?

Immer wird in den Verwaltungsvorlagen behauptet, die Straßenkriminalität sei in der Innenstadt während der Phase 2001 bis 2007 so eklatant zurückgegangen, dass sie dann mangels „Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Mittel“ von Rechts wegen eingestellt werden musste. Tatsächlich stieg die Straßenkriminalität jedoch erst einmal an. Der Spitzenwert lag etwa auf dem Niveau, wie es für 2016 festgestellt wurde. Nach Einstellung der Überwachung verharrte die Straßenkriminalität weitere sieben Jahre in etwa auf dem 2007 erreichten Niveau. Warum? Hatten die potenziellen Täter immer noch Angst vor der Überwachung? Oder folgt die Kriminalitätskurve etwa ganz anderen Parametern?

Verdachtslose Überwachung ist ein Verfassungseingriff gegen die informationelle Selbstbestimmung

Videoüberwachung ist nach bestehendem Gesetz und herrschender Rechtsprechung nur in sehr engen Grenzen zulässig: Nur an definierten Kriminalitätsschwerpunkten, nur bezogen auf strafwürdiges Verhalten. Die Stadt bewertet die Verfassungsmäßigkeit in V142/2017 folgendermaßen: „Die Durchführung der Videoüberwachung in den überproportional belasteten Räumen stellt einen verhältnismäßigen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht in seiner Ausprägung als Recht der informationellen Selbstbestimmung dar.“ Und weiter: „Dem erheblichen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einer Vielzahl von Personen stehen die öffentlichen Interessen an der Verhütung und Abwehr von Straftaten der Straßenkriminalität sowie an deren wirksamer Verfolgung gegenüber. Diesen öffentlichen Interessen kommt eine hohe Bedeutung zu. Der Ausgleich zwischen diesen Polen und Bedürfnislagen ist eine Frage des Maßes“.

Ob dieses Maß gefunden ist, muss in Zweifel gezogen werden. Mit erheblichem Aufwand sollen „lediglich“ „Interaktionsmuster („schlagen/treten“) und Sturzdetection („hinfallen/stürzen“) ins Visier genommen werden. Alles andere soll verpixelt werden. Allerdings solle „als Unterfall hierzu, die Personenverfolgung von mutmaßlichen Straftätern, das sogenannte „Tracking“ zum Einsatz gelangen“. Das erfordert Scharfstellung. Ob auf diese Weise nennenswerte Teile der Straßenkriminalität erfasst werden können,

darf bezweifelt werden. Stattdessen sind Fehlinterpretationen wahrscheinlich, wie z.B. bei schnellem Laufen zu Haltestellen oder sich freundschaftlich auf die Schulterklopfen. Das In-eine-fremde-Tasche-Greifen z.B. oder das Zücken eines Springmessers gehören (vorerst?!) nicht zum programmierten Algorithmus. Auch nicht das „Tütchen übergeben“.

Das wirft die Frage auf, wer – wenn erst mal alles installiert ist – mögliche Weiterentwicklungen des Algorithmus kontrolliert. Und auch die räumliche Ausdehnung ist schon angedacht: „Falls es in der Kombination dieser Maßnahmen, der Videoüberwachung in der Breiten Straße und flankierenden Einsätzen in den umliegenden Quadranten wider Erwarten nicht gelingen sollte, das vorhandene Störungspotenzial nachhaltig zu reduzieren und namentlich den Drogenhandel hinreichend einzudämmen, wird ein Ausbau der Videoüberwachung in der Zukunft auch in den S-, T- und U-Quadranten unter Auswertung des aktuellen Kriminalitätsaufkommens in Betracht gezogen.“

Weiterhin steht die Videoüberwachung, wenn sie denn tatsächlich als intensiv empfunden wird, im Verdacht, dass sich die Straßenkriminalität in nicht exponierte Teile der City, die trotzdem belebt und lukrativ sind, verlagert. Dies bestreitet die Verwaltung zwar vehement. Aber die Vertreibung der „Gambier“ von der Neckarwiese und ihr Auftauchen in den S- und T-Quadranten spricht eine gänzlich andere Sprache.

Das Polizeigesetz muss für die intelligente Videoüberwachung geändert werden

Das algorithmusbasierte Beobachten übersteigt die Möglichkeiten des bestehenden Polizeigesetzes Baden-Württemberg. Das hat die Stadtverwaltung auch frühzeitig erkannt und nach eigener Aussage das Innenministerium zu einer entsprechenden Änderungsvorlage aufgefordert. Die wurde zusammen mit einem wahren Gruselkatalog am Dienstag in Erster Lesung im Landtag diskutiert. Einige „Highlights“:

„präventiv-polizeilichen Telekommunikationsüberwachung“ inklusive Brechen von Verschlüsselung: Quellen-TKÜ, vulgo: Staatstrojaner

Fußfesseln gegen „mutmaßliche Gefährder“

Überwachung von Leuten, „bei denen bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie innerhalb eines übersehbaren Zeitraums“ eine Straftat begehen, zum Beispiel „eine Behörde ... mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen“. Die Tat muss gar nicht geschehen, man muss nur die Annahme haben, sie tun es.

Man darf auch den überwachen, des-

sen Endgerät für eine Nachricht eines solchen mutmaßlichen Täters vermutlich verwendet wird.

Über Überwachungsmaßnahmen muss nicht unterrichtet werden, wenn „anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an einer Unterrichtung hat“.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit von Baden-Württemberg bewertet in seiner Stellungnahme den Grundrechtseingriff der „intelligenten Videoüberwachung“ als sehr hoch:

„Zutreffend weist die Begründung darauf hin, dass die automatische Auswertung einen zusätzlichen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen darstellt. Widersprüchlich ist es jedoch, wenn im Weiteren einerseits eine höhere Eingriffsintensität verneint, andererseits aber eine Eingriffserhöhung aufgrund der quantitativen Steigerung der Datenverarbeitungsmöglichkeiten „nicht verkannt“ wird. Auch ist die Aussage, die automatisierte Auswertung von Verhaltensmustern, wie etwa Bewegungsabläufen oder Gruppenbildung, erfolge nicht anhand personen-bezogener Merkmale, schlichtweg nicht nachvollziehbar. Zu den „persönlichen und sachlichen Verhältnissen“ einer Person (§ 3 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes – LDSG) gehören auch Verhaltensweisen der Person. Gerade das Erkennen solcher („auffälligen“) Verhaltensmuster ist das Ziel der „intelligenten“ Videoüberwachung.

Nach unserer Auffassung wirkt die Software gestützte Auswertung der Videoaufnahmen anhand zuvor festgelegter Algorithmen tatsächlich eingriffsin-tensivierend“ (<https://cdn.netzpolitik.org/wp-content/uploads/2017/10/H-1100-38r1.pdf>)

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die von Mannheim im Verbund mit der Landespolizei als bundesweites Pilotprojekt betriebene „intelligente Videoüberwachung“

– stellt einen schwer kontrollierbaren und zu Verschärfung tendierenden Grundrechtseingriff dar;

– bringt nichts; sie kann nur einige wenige Aspekte der Straßenkriminalität an einigen wenigen Stellen erfassen, ohne noch mehr in Grundrechte einzugreifen;

– führt abermals zu Verdrängungsef-fekten;

– ist rein symptomatisch ansetzend und lenkt von der sozialen Ursachenbekämpfung ab;

– stellt puren Aktionismus dar und nimmt das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nicht wirklich ernst.

Die vorerst 800 000 Euro sind dafür zu schade.

Thomas Trüper, Stadtrat Die Linke



Kölner Silvester:

Wir müssen Feierwilligen ein Angebot machen!

Silvester 2016/17 wurden in Köln hunderte Menschen allein aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermuteten nordafrikanischen Herkunft von der Polizei Köln eingekesselt und kontrolliert. Die Kölner Polizei behauptete in Nachgang, sie habe die Menschen nicht nur aufgrund ihres Aussehens, sondern auch aufgrund ihres Verhaltens festgehalten, was rechtmäßig gewesen wäre. Die Betroffenen seien aggressiv, alkoholisiert und in Gruppen aufgetreten.

Aufgrund kritischer Nachfragen und Berichterstattung und des Vorwurfs des Racial Profiling hatte sich die Polizei dazu entschieden, eine Arbeitsgruppe Silvester zu bilden. Sie sollte der Frage nachzugehen, weshalb sich nach den sexualisierten Übergriffen Silvester 2015/16 erneut junge Männer nach Köln begeben haben. Die Arbeitsgruppe Silvester hat hierzu Experten und die kontrollierten Personen befragt. Ein mit den Experten vorbereiteter Fragebogen wurde erstellt und den kontrollierten Personen zugesandt. Die Rücklaufquote des Fragebogens lag bei 45 Prozent.

Die Expertenbefragung ergab im Vorfeld, dass Köln weltweit als Partystadt bekannt, eine gute Verkehrsanbindung habe und die einzige im Westen Deutschlands wahrgenommene Metropole mit einer „open society“ sei. Zudem habe Silvester im arabischen/muslimischen Raum keine besondere Bedeutung, wird aber in Europa als Partyanlass wahrgenommen. Die Teilhabe am „social life“ sei der Wunsch.

Die Kölner Polizei hat am 21.9.2017 im Rahmen eines Symposiums, der den Titel „Silvester 2017 – Zurück schauen. Nach vorne denken“ trug, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Silvester vorgestellt.

Flankiert wurde die Veranstaltung durch Vorträge von Experten aus Wissenschaft und Sozialarbeit. Der neue Polizeipräsident Uwe Jacob sagte in seinen einleitenden Worten, dass die Silvesternacht 2016/17 eine Nagelprobe dafür gewesen sei, wie die Polizei sich auf gesellschaftliche Veränderungen einstellen könne

Zu 640 Männern, die in der Silvesternacht kontrolliert wurden, hat die Polizei die Datensätze ausgewertet. Die meisten von ihnen kommen aus dem Irak, Syrien und Deutschland. Nordafrikaner sind kaum unter ihnen zu finden, auch wenn die Polizei erklärte, dass es Hinweise gibt, dass Menschen aus den Maghreb-Staaten sich als Syrer und Iraker ausgeben. Durch Straftaten fielen 87 der Männer auf. 42 davon sind deutsche Staatsbürger. Keine der kontrollierten Personen gehörte zu den Verdächtigen von sexuellen Übergriffen und Taschendiebstählen aus der Silvesternacht 2015/2016.

Um den Einsatz zu rechtfertigen, wurde im Januar oft vermutet, es seien große Gruppen angereist, die über das Internet aufgerufen und organisiert wurden. Dieser Verdacht stellte sich jedoch als falsch heraus. Von den Ereignissen während des Jahreswechsels 2015/2016 haben viele, da sie keine deutschen Medien

nutzen, überhaupt nichts mitbekommen.

Die meisten Männer, die in der Domstadt kontrolliert wurden, leben in Köln oder im direkten Umland. Viele andere waren junge Männer aus Flüchtlingsheimen aus anderen Gebieten NRWs. Sie leben noch nicht lange in Deutschland und reisten unkoordiniert und nicht in Absprache in kleinen Gruppen bis zu 5 Personen an. Es gab eine hohe Kontrolldichte schon auf der Anreise. Die Ereignisse Silvester 2015/16 spielten keine Rolle und daher gab es keine „Attraktivität“ der Silvesterfeier in Köln durch die Gewalt im Vorjahr. Der überwiegende Teil waren Menschen, die in Köln einfach nur feiern wollten.

Eine weitere Einschränkung erfolgte bei dem Vorwurf, dass die Gruppen von jungen Männern aggressiv waren. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass die Atmosphäre aufgrund der Einkesselung und Kontrollen der jungen Männer durch die Kölner Polizei und der damit verbundenen Einschränkung der Handlungsfreiheit aufgeheizt war. Ein Grund ist auch die nicht besonders gute Kommunikation. Auch habe die Polizei möglicherweise die Menschen falsch eingeschätzt, da es im arabischen Raum üblicher sei, sich laut zu artikulieren.

Prof. Dr. Feltes von der Ruhr-Universität Bochum beleuchtete Grundprobleme. Die Polizei sei nicht für die Ursache von Kriminalität verantwortlich. Das bedeutet jedoch, dass die sozialen Probleme hinter den Kriminalitäts-„Hot Spots“ thematisiert werden müssen. Die Polizei müsse gemeinsam mit denen kämpfen, die unter ihrer sozialen Lage leiden und keine Stimme haben. Das neue Image sollte sein: Statt „crime fighter“ – „Stimme der Zurückgelassenen“. Denn niemand sei näher dran an den tatsächlichen Kriminalitätsfaktoren. Es ist die Aufgabe der Polizei, diese Faktoren zu benennen – statt den Eindruck zu stärken, mit „mehr vom selben“ Probleme lösen zu können. Zusammenfassend stellte Prof. Dr. Feltes fest, dass Repression Probleme nicht lösen, sondern schaffen wird. Es braucht Präventionsarbeit, das heißt die Kenntnis von Motiven und Beweggründen, der Besinnung auf grundlegende Werte unserer Gesellschaft, der Bereitschaft zur Integration von „Externen“ und ein aktives und attraktives Angebot für diejenigen, die sich ausgegrenzt fühlen. Die Polizei muss allerdings ihre Rolle erst finden.

Aufgrund dieser Ergebnisse stelle sich für die Fraktion Die Linke die Frage, welche Angebote möglich sind, wenn zu erwarten ist, dass Silvester 2017/18 erneut junge Männer nach Köln zum Feiern kommen werden. Deshalb wurden von der Fraktion Die Linke und der SPD ein gemeinsamer Antrag für ein Silvesterprogramm unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Kölner Polizei und der Vorträge der Experten aus der Wissenschaft gestellt. Danach legte die Stadtverwaltung ihr Konzept für die Silvesterveranstaltung 2017/2018 vor. Wieder soll mit einer Schutzzone repressiv agiert werden, statt weltoffen und tolerant. Es sollen „keine attraktiven Bands mit einer besonderen Sogwirkung auf dem Roncalliplatz auftreten“. Konsequenzen aus dem Polizeisymposium werden nicht gezogen.

Die Linke und die SPD fordern das kulturelle Programm deutlich attraktiver zu gestalten und für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu öffnen. „Es soll ein Angebot geschaffen werden und sich an den Ideen von Birlikte orientiert werden: Zusammenstehen, Zusammenleben und Zusammen reden.“

Dass CDU und FDP repressiv agieren würden, war klar. Die Grünen erklärten, die Stadt Köln wäre doch keine Eventagentur. Was kann man daraus schlussfolgern? Die Grünen gehen lieber in die Oper ...

Güldane Tokyürek

<https://polizei.nrw/artikel/zurueck-schauen-nach-vorne-denken-symposium-silvester-2017>

Bevölkerung in BREMERHAVEN-LEHE wirksam vor Brandstiftung schützen! Seit Ende letzten Jahres brennt es extrem häufig im Goethequartier in Bremerhaven-Lehe. In diesen Straßenzügen leben viele Menschen in Armut, häufig werden die Wohnungen von bulgarischen Arbeitsmigranten bewohnt. Viele Immobilien sind in einem sehr schlechten baulichen Zustand, etwa 30 sind als unbewohnbare Schrottimmobilien definiert. Offenbar gibt es in diesem Quartier eine Serie von Brandstiftungen, bei der regelmäßig Gegenstände in Treppenhäusern angezündet werden. Am 2. September starb bei einem Wohnungsbrand ein dreijähriges Kind, am 7. September brannten gleich zwei Immobilien in kurzer Zeit und am helllichten Tag. Eine dieser Immobilien in der Werkstraße wurde vom Magistrat vorher als „unbewohnbar“ und „Leerstand“ vermerkt. Allerdings war das Haus tatsächlich regulär bewohnt. Die Linkenfraktion fragte den Senat in der heutigen Fragestunde der Bürgerschaft nach der mutmaßlichen Brandserie. „Die Menschen im Quartier haben berechtigte Angst vor weiteren Bränden. Deshalb müssen die Behörden alles daran setzen, die Bevölkerung zu schützen und die Brandserie endlich aufzuklären. Bis-her erfolgt aber keine Unterstützung der Ortspolizeibehörde Bremerhaven durch Brandermittler der Bremer Kripo.“ „Allein angesichts der großen Zahl der Brände – mindestens 20 seit November – wäre eine personelle und materielle Unterstützung aus unserer Sicht sinnvoll“, sagt Nelson Janßen. Der Bürgerschaftsabgeordnete meint zudem: „Auch auf einer anderen Ebene muss gehandelt werden: Die fehlerhafte Liste des Magistrats über mögliche Problemimmobilien muss dringend auf eine korrekte Grundlage gestellt werden. Fehlinformationen wie bei dem Haus in der Werkstraße dürfen nicht wieder vorkommen.“ www.dielinke-bremerhaven.de

Koalition setzt Schwerpunkte für effektiven Rechtsstaat: BERLIN. Für die Koalitionsfraktionen erklären Florian Dörstelmann (SPD), Sebastian Schlüsselfeld (Fraktion Die Linke) und Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen): Die drei Koalitionsfraktionen setzen in der zweiten Lesung des Haushalts im Rechtsausschuss für die kommenden zwei Jahre weitere Schwerpunkte für einen effektiven Rechtsstaat. Der Doppelhaushalt enthält mit 243 neuen Stellen den größten Personalaufwuchs seit 25 Jahren. Um die Berliner Justiz als Stütze eines effektiven Rechtsstaats zu stärken, werden in den kommenden zwei Jahren bei den Strafverfolgungsbehörden (GenStA, StA, Amts- anwaltschaft) 43 neue Stellen geschaffen, in der ordentlichen Gerichtsbarkeit

kommen circa 130 Beamt*innen und 41 Richter*innen hinzu. In der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die besonders mit der großen Zahl von Asylverfahren befasst ist, werden 29 neue Richter*innenstellen und 20 Beamt*innenstellen geschaffen. Insgesamt handelt es sich dabei um den größten Stellenzuwachs, den es in der Berliner Justiz seit der Wende gegeben hat. Der Prozess der Digitalisierung im Bereich der Justiz wird verstetigt. Zusätzlich zu den aus SIWANA finanzierten Investitionen zur Einführung der elektronischen Akte sind im Haushalt die Mittel für Begleitmaßnahmen, von Geschäftsprozessoptimierung bis ergonomischen Schreibtischen, ausgewiesen. In den Amtsgerichten Mitte und Lichtenberg werden als Sofortmaßnahme zwei digitale Gerichtssäle entstehen. Die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten im Justizbereich sollen verbessert werden. Dazu wird die Gehaltsanpassung an den Bundesschnitt weiter vorangetrieben und die Qualität der Arbeitsplätze und Fürsorgeleistungen gesteigert. Einen verbraucherschutzpolitischen Schwerpunkt haben die Koalitionsfraktionen damit gesetzt, dass die Einführung einer unabhängigen Energieschuldenberatung finanziert wird. Damit reagiert die Koalition auf den besorgniserregenden Anstieg der Stromsperren. Erstmals erhält das Tierheim Berlin Zu- schüsse aus der Senatsverwaltung. www.dielinke-berlin.de

Linke : Reform des Polizeigesetz zurücknehmen! STUTTGART. Die Linke Baden-Württemberg fordert Ministerpräsidenten Kretschmann dazu auf, die geplante Reform des Polizeigesetzes für Baden-Württemberg zu stoppen und wieder auf den Boden des Grundgesetzes zurückzukehren. Der veröffentlichte Entwurf hat zu Recht Kritik vom Landesbeauftragten für Datenschutz und vom Richterverein Baden-Württemberg erhalten. Tobias Pflüger, stellvertretender Parteivorsitzender und Bundestagsabgeordneter für Freiburg erklärt dazu: „Das vom grünen Ministerpräsidenten Kretschmann vorgelegte Polizeigesetz, soll Baden-Württemberg in einen Polizeistaat verwandeln. Ein solches Gesetz wäre von einer AfD geführten Landesregierung zu erwarten. Die vorgesehenen so genannten „präventiven“ Maßnahmen zur Überwachung von Bürger*innen in unserem Land sind grundgesetzwidrig und muten an wie anlasslose Vorverurteilungen. Kretschmann und seine grün-schwarze Regierung sollten diese „Reform“ einstampfen und stattdessen beispielsweise die Kennzeichnungspflicht für Polizist*inn*en einführen oder endlich wirksam gegen rechte Gewalt vorge-

hen. Statt weiter am Überwachungsstaat zu basteln, sollte sich Kretschmann lieber für eine sozial gerechte Politik einsetzen, in der Menschen nicht von Armut gefährdet sind. Das würde tatsächlich die Sicherheit für alle Menschen erhöhen. Tobias Pflüger, MdB abschließend: „Wir als Linke werden Protest gegen dieses baden-württembergische Polizeistaatgesetz mit organisieren. Dieser Gesetzentwurf darf nicht Wirklichkeit werden. Für eine Landesregierung unter grüner Führung ist dieses Gesetz eine Schande.“

www.stuttgart.die-linke-bw.de

Linke & Piraten gegen weitere Bewaffnung von Ordnungskräften:

DORTMUND. Das Ordnungsamt plant, testweise einen Teil ihrer Mitarbeiter mit Schlagstöcken – sogenannten Einsatzmehrzweckstöcken – auszustatten. Bewaffnet werden sollen die Kollegen, die zusammen mit Polizeibeamten im Rahmen einer Ordnungspartnerschaft auf Streife gehen und dafür bereits mit Pfefferspray und Handfesseln ausgerüstet sind. Die Fraktion Die Linke & Piraten kritisiert diese zusätzliche Bewaffnung nicht nur, sie lehnt diese auch ab. Die Fraktion Die Linke & Piraten hatte für den Bürgerdienste-Ausschuss mehrere Anfragen zu diesem Thema an die Verwaltung gestellt. „Die Antworten, die den Mitgliedern des Ausschusses heute vorgelegt werden, sind alles andere als befriedigend“, sagt Thomas Zweier, Ratsmitglied und Mitglied im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden. „Wir verstehen, dass die Situation für die Ordnungskräfte nicht einfach ist, wenn sie bei ihrer Arbeit beleidigt und bedroht werden. Aber wir fragen uns, wie es sein kann, dass im Rahmen eines Ordnungspartnerschaftseinsatzes – also bei einem Einsatz mit einem bewaffneten Polizisten – die Angestellten des Ordnungsamts ebenfalls bewaffnet sein müssen“, sagt Thomas Zweier. Und: „Wir sehen, wenn überhaupt, einen Einsatz von Gewalt mit Waffen nur bei der Polizei angelernte Ordnungskräfte sollten und müssen sich aus bewaffneten Konflikten heraushalten.“ Thomas Zweier befürchtet, dass der vermeintliche Eigenschutz der städtischen Mitarbeiter gegen gewaltsame Übergriffe schnell nach hinten losgehen könnte, wenn sich die Eskalationsspirale erst einmal mal zu drohen beginnt. Ratsmitglied Nadja Reigl, ebenfalls Mitglied im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden: „Die Landesregierung ist gefordert, ausreichend Polizei auf die Straße zu bringen. Es ist nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, ihren Ordnungsdienst aufzurüsten.“

[https://www.dielinke-dortmund.de](http://www.dielinke-dortmund.de)

Zusammenstellung: Ulli Jäckel, Hamburg

Entsenderichtlinien im Vorfeld des EU-Gipfels auf den Weg gebracht

Für die Errichtung einer europäischen Säule sozialer Rechte findet am 17. November in Göteborg ein EU-Gipfel statt.

„Zu den Kernthemen des Gipfeltreffens gehören gut funktionierende und faire europäische Arbeitsmärkte, wirksame und nachhaltige Systeme der sozialen Absicherung sowie die Förderung des sozialen Dialogs auf allen Ebenen“, heißt es in der Pressemitteilung der Europäischen Kommission dazu. Die Säule enthält 20 soziale und beschäftigungs-politische Prinzipien, die in drei Kapitel gegliedert sind: 1. Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2. faire Arbeitsbe-dingungen und 3. Sozialschutz und soziale Inklusion. „Die ESSR bringt keinen Paradigmenwechsel für die Sozialpolitik in der EU. Das Primärrecht soll nicht geändert werden, etwa durch eine soziale Fortschrittsklausel oder den Beitritt der EU zur Sozialcharta des Europarats.

Beides hatte das Europäische Parlament für die ESSR gefordert. Es werden somit keine neuen EU-Kompetenzen für die Sozial- und Beschäftigungspolitik vor-geschlagen, mit denen den harten öko-nomischen und fiskalpolitischen Regeln gesetzgeberisch etwas entgegengesetzt werden könnte. Jedoch wird die ESSR von einigen Maßnahmen begleitet, die soziale Fortschritte mit sich bringen könnten ...“, so bewertete Thilo Janssen in den Politischen Berichten 5/2017 die Vorbereitungen. Zu den Ergebnissen wird er in der nächsten Ausgabe berichten. Im Vorfeld des Sozialgipfels sind neue Entsenderichtlinien auf den Weg gebracht worden. Wir dokumentieren die Stellungnahmen der IG BAU und des DGB. *Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen*

Europäische Entsenderichtlinie

IG BAU: EU kommt auf dem Weg zu fairer Arbeit einen Schritt weiter

Frankfurt am Main – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die Einigung der europäischen Arbeits- und Sozialminister auf eine Verbesserung der Entsendebe-dingungen für Arbeitnehmer in der EU. Gestern Abend (für die Red.: Montag, 23. Oktober 2017) einigten sich die Mi-nister auf ihre Verhandlungsposition für eine dringend erforderliche Reform der Entsenderichtlinie. Letztere gilt seit 1996 und zementiert derzeit noch die deutlich schlechtere Entlohnung von Ar-betnehmern, die in anderen EU-Staaten tätig sind. „Der EU-Ministerrat ist einige Schritte in Richtung faire Arbeit in der EU gegangen. Er setzt damit ein positi-ves Signal für Beschäftigte in Europa“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bun-desvorsitzende Dietmar Schäfers. „Es ist gut, dass der Rat die Initiative aus dem Sozialausschuss des Europäischen Par-laments aufgenommen und sogar noch verstärkt hat. Das setzt die Gegner der Verbesserung im Parlament unter erheb-lichen Druck. Wir sind deshalb jetzt ein bisschen optimistischer, dass es doch noch zu einer besseren Entsenderichtlinie kommt. Die mögliche Verbesserung im Arbeitsrecht allein reicht aber noch nicht, um das Dumping bei der Ent-sendung zu beenden. Die EU muss nun schnellstmöglich auch die Voraussetzun-gen für die Gleichbehandlung entsandter Arbeitnehmer in Fragen der Sozialversi-cherungsbeiträge schaffen.“

Der Ministerrat hat sich gegen Wi-derstände insbesondere aus osteuro-päischen Staaten darauf geeinigt, dass entsandte Arbeiter im Prinzip genauso entlohnnt werden sollen wie ihre Kol-legen des Gastlandes. Entsendefirmen könnten damit zukünftig verpflichtet werden, außer Mindestlöhnen auch an-dere Vergütungsbestandteile, wie es sie in Deutschland am Bau etwa für schwere Arbeiten gibt, zu zahlen. Ihre Beschäfti-gten hätten dann ebenso Anspruch auf die Erstattung von Fahrt- und Unterkunfts-kosten wie hiesige Kollegen. Die Dauer der Entsendung soll erstmals auf in der Regel zwölf Monate, maximal 18 Monate begrenzt werden. Der durch die bisheri-ge Regelungen der Entsenderichtlinie verursachte Lohndruck in der EU wird mit den nun vorgesehenen Reformen deutlich reduziert. Für eine vollständige Gleichbehandlung der entsandten mit heimischen Arbeitnehmern ist damit je-doch noch nicht gesorgt. Weiterhin liegen die Sozialversicherungsbeiträge für ent-sandte Arbeitnehmer auf dem niedrigen Niveau des Herkunftslandes. www.igbau.de

DGB: Scharfe Kritik an Ausnahmen bei Entsenderichtlinie

Die Arbeits- und Sozialminister der EU haben sich auf schärfere Regeln gegen Lohn- und Sozialdumping bei der Ent-senderichtlinie geeinigt. Der DGB begrüßt das – doch kritisiert scharf, dass etwa der Verkehrssektor von der Richtli-nie ausgenommen sein soll.

Zur Einigung der Arbeits- und Sozial-

minister der EU zu Entsenderichtlinie erklärte DGB-Vorstandsmitglied Anne- lie Buntenbach: „Wir begrüßen, dass sich die Arbeits- und Sozialminister in der Nacht auf einen Kompromiss geeinigt haben. Damit ist eine wichtige Hürde genommen worden, um endlich Verbesserungen für entsandte Beschäftigte zu erreichen. Trotzdem fällt das Votum der Minister weit hinter das Verhandlungsmandat des Beschäftigungsausschusses

im EU-Parlament zurück. Scharf zu kritisieren ist zum Beispiel, dass der Verkehrssektor von der Richtlinie ausgenommen sein soll. Außerdem sind die Regelungen für die Erstattung von Reise- und Unterkunftskosten unklar. Für eine echte Stärkung der Rechte entsandter Beschäftigter muss sich der Rat in den anstehenden Trilog-Verhandlungen deutlich auf das Europäische Parlament zu bewegen.“ www.dgb.de



Dokumentiert: IG Metall fordert 6 Prozent mehr Entgelt und eine Wahloption für kürzere Arbeitszeit

Frankfurt am Main – Die IG Metall fordert für die rund 3,9 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen von 6 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten. Zudem will die IG Metall einen individuellen Anspruch auf Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten durchsetzen. Das beschloss der Vorstand der Gewerkschaft am Donnerstag in Frankfurt ... Zugleich gehe es bei dem individuellen Anspruch auf Absenkung der Arbeitszeit um eine echte Wahloption und damit um ein Stück Freiheit und Gestaltung des eigenen Lebens. „Das Ziel ist mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit in den Betrieben darf nicht weiter einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen, sie muss ihnen auch nutzen“, sagte Hofmann ... Die Forderung zur Arbeitszeit sieht vor, dass die Beschäftigten ihre regelmäßige Arbeitszeit künftig ohne Begründungzwang für zwei Jahre auf bis zu 28 Stunden in der Woche reduzieren können. Danach besteht der Anspruch, auf die ursprüngliche Arbeitszeit zurückzukehren. Dies soll für alle Tarifgebiete in West- und Ostdeutschland gelten. Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um Kinder unter 14 Jahren im Haushalt zu betreuen oder Familienangehörige zu pflegen,

sollen einen fixen Zuschuss von 200 Euro erhalten, wenn sie ihre wöchentliche Arbeitszeit um mindestens 3,5 Stunden oder mehr reduzieren.

Beschäftigte in Schichtarbeit oder anderen gesundheitlich belastenden Arbeitszeitmodellen, die ihre Wahloption nutzen und ihre Jahresarbeitszeit (Schichten) verkürzen, sollen ebenfalls einen Entgeltzuschuss erhalten. Er soll bei 750 Euro pro Jahr liegen. „Damit wird auch für weniger gut Verdienende die Arbeitszeitreduzierung eine reale Option“, sagte Hofmann.

Neben der Forderung zu Entgelt und Arbeitszeit will die IG Metall folgende Themen in den Verhandlungen ansprechen:

Die Reduzierung der Arbeitszeit darf nicht zu mehr Leistungsdruck führen. Daher wird empfohlen, mit den Arbeitgebern auch über Regelungen zum Personalausgleich zu reden.

Außerdem soll erreicht werden, dass die Auszubildenden und dual Studierenden zur Vorbereitung auf Prüfungen einen bezahlten freien Tag je Prüfung erhalten.

Für die Tarifgebiete in den ostdeutschen Bundesländern will die IG Metall eine belastbare Verhandlungsverpflichtung für einen Prozess zur Angleichung der Entgelte, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen erreichen.

Die Verhandlungen starten ab dem 15./16. November in den Tarifgebieten. Die Tarifverträge sowie die Friedenspflicht laufen am 31. Dezember 2017 aus.

Bayerische Wirtschaft kritisiert neue Entsenderichtlinie der EU. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Mi., 25.10.17.

– An entsendete Arbeitnehmer sollen künftig vom ersten Tag an der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gelten und ab über 12 Monate dauernden Entsendungen grundsätzlich die Beschäftigungsbedingungen des Aufnahmestaates zur Anwendung kommen. vbw Hauptgeschäftsführer B. Brossardt: „Entsendungen stehen dadurch künftig unter Generalverdacht. Die Unternehmen werden mit bürokratischen Belastungen überzogen, müssen über die Mindestlöhne hinausgehende Entgeltregelungen beachten. Das bedeutet teurere Mitarbeiterentsendungen.“ Es wären nicht nur Unternehmen aus geringeren entlohnenden Staaten betroffen, sondern auch aus Deutschland: Brossardt: „Gerade für die exportorientierte deutsche Wirtschaft sind Entsendungen unverzichtbares Mittel zur Erbringung von Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt. ...“ www.vbw-bayern.de

Hessenmetall: „Mehr Geld für weniger Arbeit geht gar nicht!“ Hessenmetall, Di., 24.10.17. – Die Empfehlung der Tarifkommission IG Metall Mitte einer Forderung von plus 6 Prozent, Teilzeitanspruch mit partiellem Entgeltausgleich sowie Rückkehrrecht zur Vollzeit an den IG Metall-Vorstand weisen die Metallarbeitergeber zurück. Die Unternehmen müssten gewaltige Herausforderungen wie die digitale Transformation und die über Jahre dauernde Umstellung auf neue Antriebe wie Elektromobilität stemmen. Wenn diese Investitionen nicht in ausländische, sondern in unsere heimischen Standorte fließen sollen, dürfen wir unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit vor Ort nicht durch unvernünftige Kostensteigerungen gefährden“, so Hauptgeschäftsführer Polert. www.hessenmetall.de

IGM befragt Beschäftigte zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. IGM Heidelberg, Do., 2.11.2017

– Flexible Arbeitszeitmodelle sind ein Schlüssel für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Rahmen der Bündnis-Lounge stellt die IG Metall Heidelberg am 7.11.17 die Ergebnisse der Befragung vor: Ein gesetzlich garantiertes Rückkehrrecht auf Vollzeit wünschen knapp 90% der Beschäftigten, die an der bundesweiten Mitarbeiterbefragung „Mein Leben, meine Zeit – Arbeit neu denken“ der IG Metall teilnahmen. Die Meisten wünschen sich, die Arbeitszeit für einen begrenzten Zeitraum zu reduzieren und anschließend wieder in Vollzeit zurückzukehren. www.heidelberg.igm.de

Auswahl: Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

Für Freiheit und Vielfalt in Kunst und Kultur! Offener Brief an den Ältestenrat des Deutschen Bundestages: ... „Es darf nicht passieren, dass beim Kampf um Einflussphären die AfD an einer der sensibelsten, wichtigsten Stellen unseres parlamentarischen Systems ihr nationalistisches Gift in die Debatten injiziert: Der deutschen Kulturpolitik. Es muss deshalb verhindert werden, dass die AfD den Vorsitz des Kulturausschusses besetzen kann. Wir müssen verhindern, dass die AfD die Bemühungen um interkulturelle Brücken in Kultur und Medien für ein gutes Zusammenleben in Deutschland konterkariert und der Kulturausschuss zu einem Forum für Hetze gegen ganze Teile der Bevölkerung wird, mit ihren relativierenden Ansichten zur Erinnerungskultur in Deutschland die Gräueltaten der NS-Zeit verharmlost, durch einen Vorsitz im Kulturausschuss parlamentarischer Ansprechpartner unserer Partner im Ausland für den Bereich Kultur und Medien wird. Wir wollen verlässlich und gemeinsam für unsere europäischen Partner Kulturpolitik auch als Teil der europäischen Integration begreifen, gerade in Zeiten massiver Umbrüche die Kraft der Kultur für den Erhalt unserer demokratischen Werte stärken und die Freiheit von Kunst und Medien garantieren.“ 25 000 Unterzeichnende. www.kulturausschuss-schuetzen.de

Erklärung des Deutschen Handwerks (ZDH) zum Einzug der AfD in den Bundestag. Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag ist deutlich geworden, dass auch Deutschland nicht von dem Trend zu mehr Nationalismus und Egoismus verschont bleibt, der schon seit einiger Zeit in Europa und weltweit zu beobachten ist – das ist besorgniserregend. Längerfristig ist zu befürchten, dass der Einzug einer auf Abschottung, Fremdenfeindlichkeit und Populismus setzenden Partei in den Deutschen Bundestag der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft schadet. Aus Sicht des Handwerks gibt es auf grenzüberschreitende Herausforderungen – Energieversorgung, Umwelt, Digitalisierung – keine nationalstaatlichen Antworten, sind Wohlstand und Frieden nur durch Zusammenarbeit, Freihandel und Freizügigkeit zu sichern. Populismus und das Führen von gesellschaftlich spaltenden Debatten als Kern einer politischen Kultur und Form der politischen Auseinandersetzung sind generell inakzeptabel. Von allen Parteien erwarten wir, dass sie sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land kümmern, dass sie sich verantwortungsbewusst, konstruktiv und lösungsorientiert an ihre politische Arbeit machen.“ www.zdh.de



Protest gegen AfD-Einzug im Bundestag

Etwa 10 000 Menschen demonstrierten am 22. Oktober in Berlin rund um das Brandenburger Tor, in der Nähe des Reichstags und durch die Innenstadt. „Gegen Hass und Rassismus im Bundestag“ wollten sie wenige Tage vor der Konstituierung des neuen Bundestags damit ein symbolisches Zeichen des Protests und der Ablehnung gegen den Einzug der AfD in den Bundestag setzen.

Aufgerufen hatte ein Bündnis linker

Gruppen, migrantische Aktivisten wie Ali Can, ein 23-jähriger Student aus Gießen, das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, VVN und andere. Parteien und Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Kirchen waren schwach bis gar nicht vertreten. „Meine Stimme gegen Hetze“, „Stopp AfD“, „Gegen Rassismus im Bundestag“ war auf vielen kleinen und großen Plakaten zu lesen.

Rüdiger Lötzer, Berlin



Am 24.10.17 versammelten sich noch vor Beginn der Sitzung rund 150 Demonstrant_innen vor dem Reichstagsgebäude. Aufgerufen zu dem Protest hatten das Berliner Bündnis gegen Rechts, das Bündnis Aufstehen gegen Rassismus, die Naturfreunde und Die Linke, von der auch einige Bundestagsabgeordnete anwesend waren. Text und Bild: Netz für digitale Zivilgesellschaft, Berlin, 24.10.17 www.belltower.news.de.

Parteien melden Neueintritte

Nach der Bundestagswahl und dem damit offensichtlich gewordenen Rechtsruck in der Gesellschaft melden mehrere Parteien einen Anstieg der Mitgliederzahlen. Das Interesse an Politik und die Bereitschaft, sich einzumischen, scheint nach dieser Wahl erneut gestiegen, ähnlich wie schon nach der Brexit-Entscheidung in Großbritannien und nach dem Wahlsieg von Donald Trump in den USA. Nach einer Umfrage der Deutschen Presseagentur gingen bei der Linken allein in den

ersten 48 Stunden nach Bekanntgabe des Bundestags-Wahlergebnisses 136 neue Eintritte ein. Die Berliner Grünen melden von Jahresbeginn bis Ende September ein Plus von zehn Prozent auf 6.300 Mitglieder, die SPD in Berlin ein Plus von 8,5 Prozent auf 19.100 Genossen. Auch bundesweit meldete die SPD eine steigende Mitgliederzahl. Die Linke in Berlin zählte Ende September rund 7.950 Mitglieder (plus 5,8 Prozent). Im Oktober setzt sich dieser Trend – jedenfalls im Landesverband Berlin – vor allem unter jungen Menschen fort. Rüdiger Lötzer, Berlin

Kolonialismus und heutige Perspektiven.

Unter dem Titel „Dekolonialisierung der Stadt – Dekolonialisierung des Wissens“ hatte sich der Fachbereich Kulturwissenschaften der Bremer Uni in vielen z.T. öffentlichen Veranstaltungen im letzten Semester mit dem Thema beschäftigt. Die Bremer Kunsthalle befasst sich in der Ausstellung „Der blinde Fleck“ mit Bremen und der Kunst in der Kolonialzeit; das Überseemuseum verstärkt die Provenienzforschung unter der Frage: „Woher stammen die Ausstellungsstücke...? und überlegt auch, wel-

che davon z.B. an afrikanische Länder zurückgegeben werden sollen.

Jetzt hat „Die Zeitschrift der Strasse“ ihre aktuelle Ausgabe zu diesem Thema gestaltet. Das „Bremer Strassenmagazin“ ist ein Projekt von „Studierenden, Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen, JournalistInnen, freiwillig sozial Engagierten, von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen, HochschuldozentInnen und StreetworkerInnen“ (Eigendarstellung).

Die Zeitschrift wird auf der Straße verkauft und

jede Ausgabe thematisiert eine Straße bzw. einen Ort im öffentlichen Raum. Die Ausgabe 52 widmet sich dem „Nelson-Mandela-Park“ in der Nähe des Hauptbahnhofs und seiner direkten Umgebung. Hier befindet sich das 1931/32 in Form eines Elefanten errichtete „Reichskolonialehrendenkmal“, das 1989 zum Antikolonialdenkmal umgewidmet wurde.

Der Abdruck des folgenden Artikels geschieht mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der „Zeitschrift der Strasse“.

Johann Witte, Bremen

Bremen: Der Nelson-Mandela-Park beherbergt ein unscheinbares und oft übersehenes Mahnmal. Gleich neben dem Elefanten, der seinen Schatten auf einen kleinen Steinkreis wirft. Wofür steht dieser Kreis?

Es ist das bundesweit einzige Denkmal sein Art. Und erinnert an die Vernichtung der Herero in der Schlacht am Waterberg im Jahre 1904. Das Volk hatte sich gegen die deutsche Kolonialherrschaft aufgelehnt. In Erinnerung an diesen Völkermord wurden 2009 Steine aus der Omaheke-Wüste nach Bremen gebracht, um dort zusammen mit deutschem Beton und Kies einen kreisförmigen Erinnerungsort im Dialog mit dem Elefanten zu gestalten.

Bremen war einst tief in den deutschen Kolonialismus verstrickt. 1883 kaufte der Bremer Tabakhändler Adolph Lüderitz – Namensgeber der Lüderitzstraße in Schwachhausen – mit betrügerischen Mitteln große Landstriche in Südwestafrika und stieg somit in den sogenannten „Scramble for Africa“ ein, den Wettlauf um Afrika, der in jener Zeit in ganz Europa stattfand. Erstmals wurde die deutsche Flagge auf afrikanischem Boden gehisst. In diesem Gebiet, dem heutigen Zentralnamibia, lebten im 19. Jahrhundert die Herero und Nama. 1904 kam es infolge lang andauernder Dürren zu einem Aufstand der einheimischen Bevölkerung. Getrieben durch Existenzängste und die entwürdigende Behandlung durch die Kolonialherren wurden die deutschen Siedler von ihren Ländereien vertrieben. Das Kaiserreich reagierte resolut – und vergrößerte die Anzahl der Truppen im Land. Eine neu eingesetzte militärische Führung von Generalleutnant Lothar von Trotha erließ einen Vernichtungsbefehl. Die Herero wurden in die wasserlose Omaheke-Wüste nahe des Waterberges gedrängt und dort eingekesselt. Der Großteil des Volkes verdurstete, verhungerte oder wurde erschossen. Friedliche Lösungen schlossen die Deutschen aus, auch Frauen und Kinder wurden nicht verschont. Von 80 000 Herero

sollen Schätzungen zufolge nur 15 000 überlebt haben.

Neben dem Herero-Denkmal im Nelson-Mandela-Park gibt es eine Informationstafel zur Historie, die einer Interpretation jedoch freien Raum lässt. Bei der Einweihung des Denkmals am 11. August 2009, dem Jahrestag der Schlacht am Waterberg, beschrieb der namibische Politikwissenschaftler und spätere Botschafter Namibias Peter Katjavivi das Dargestellte so: „Kies und Beton, die den

gegenüberstehen. „Die Großen sprechen, die Kleinen hören. Doch die wahre Größe macht sich nicht an der bildlichen Größe fest, das versuchen die kleinen Steine den großen zu erklären. Das Mahnmal ist leise und trotzdem laut“, sagt Gudrun Eickelberg.

Eine lange Zeit musste vergehen, bis Deutschland sich überhaupt mit dem Geschehen am Waterberg auseinander setzte. Bis heute erkennt die Bundesrepublik den Völkermord an den Herero

nicht als solchen an – gestützt auf das Argument, das der Fall verjährt sei. Das Thema wurde aus Politik und Medien verdrängt. „So konnten mit der Verneinung eines Genozids jegliche Entschädigungszahlung an die Opfergruppen vermieden werden“, kritisiert Eickelberg. Anlässlich des 100. Jahrestages der Schlacht kam es 2004 erstmals zu einer Entschuldigung. Die damalige Entwicklungshelferministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) bat in Namibia offiziell um Vergebung für die Verbrechen der deutschen Kolonialherren. Der Begriff „Völkermord“ wurde jedoch auch hier bewusst vermieden.

Einige Jahre später machte sich die Bundesregierung für Vorwurf des „Völkermordes“ der Türkei an den Armeniern im Jahre 1915 stark – und deklarierte ihn als ersten Genozid des 20. Jahrhunderts. Die Türkei nutzte die Gelegenheit, um Deutschland an seine eigene Schuld in Afrika zu erinnern. Durch die Aufmerksamkeit, die dem Völkermord von 1904 nun zuteil wurde, führte für die Bundesregierung kein Weg mehr an der Auseinandersetzung mit der Thematik vorbei.

Momentan laufen Gespräche zwischen Namibia und Deutschland. VertreterInnen der Hereros und Namas sind jedoch hierbei ausgeschlossen. „Die Gespräche wären von Seiten der Bundesregierung

„Das übersehene Leid“



Boden der runden Gedenkstätte bedecken, symbolisieren die Grundlage der Erinnerung. Die 300 kleinen Steine aus Namibia stehen für die unzähligen Opfer des Völkermordes, die vier größeren Felsbrocken stellen die Grundsteine der Versöhnung dar, die wir setzen müssen.“ Gudrun Eickelberg, eine der beiden Vorsitzenden des Vereins „Der Elefant!“, der sich heute um das Antikolonialdenkmal kümmert, beschreibt die vier großen Steine als die vier großen Kolonialmächte Deutschland, Frankreich, Belgien und England, die den ausgebeuteten Kolonien in Afrika, in Form von kleinen Steinen,

liebvermieden worden. Die ganzen Verhandlungen wirken doch sehr alibimäßig“, sagt Gudrun Eickelberg. Aber auch wenn es am Ende zu Zahlungen an Namibia kommt, ist fraglich, ob dieses Geld wirklich den Opfergruppen zukommt. Vertreter der Herero versuchen darum, sich durch eine Klage gegen Deutschland Gehör zu verschaffen.

Die Umsetzung des Denkmals wurde durch das Bremen-Afrika-Archiv und dem Verein „Der Elefant“ finanziert – die Stadt Bremen hat das Projekt finanziell nicht unterstützt. Die private und somit kostengünstige Umsetzung des Denkmals könnte in der Öffentlichkeit als eine Anspielung auf die Verweigerungen von Reparationszahlungen verstanden werden. Ohnehin dauerte es bis in die Neunziger Jahre, ehe erstmals KünstlerInnen aufgerufen wurden, die Waterberg-Schlacht in einem Denkmal darzustellen. Manches davon war „nicht passend“, findet Eickelberg, etwa die Darstellung eines riesigen Brunnens. Schließlich sei ein Großteil der Herero seinerzeit verdurstet. Am Ende des Wettbewerbs wurde denn auch kein Sieger gekürt und das Projekt verlief allmählich im Sande. 2004 versprach dann der damalige Bürgermeister Henning Scherf (SPD) im Rahmen einer internationalen Versöhnungskonferenz den Opfergruppen ein Denkmal. Einige Zeit später wurde der Entwurf des Steinkreises von Thomas Gatter vorgelegt, einem Autor, Künstler und Archivar aus Bremen. Er ist über einen langen Zeitraum mit der Planung des Denkmals beschäftigt gewesen. Schließlich wurde das Mahnmal für die Opfer des Völkermords in Namibia 1904–1908 von dem Bremen-Afrika-Archiv errichtet.

Virginie Kamche, Diplom-Informatikerin und Vorsitzende des Afrika-Netzwerks Bremen, sieht das Denkmal als einen passenden Anfang der Anerkennung des Völkermordes an den Herero und wünscht sich als nächsten Schritt ein gemeinsam erarbeitetes Erinnerungskonzept zur angemessenen Aufarbeitung des Genozids. „Wie soll man das Geschehene sonst groß entschädigen? Kein Leben ist mit Geld zu ersetzen. Dennoch gibt es viel zu tun: Die Bundesregierung soll sich damit auseinandersetzen, wie man mehr Solidarität erreichen kann, um solche Gräueln nicht nochmal geschehen zu lassen“, sagt Kamche. Wichtig sei eine Fairness zwischen Europa und den ehemaligen Kolonialstaaten, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und das Lernen aus der Vergangenheit. „Es muss über Details des Völkermordes gesprochen werden, vor allem mit Schülern“, so Kamche. Deutschland habe schon viel zu lange geschwiegen.

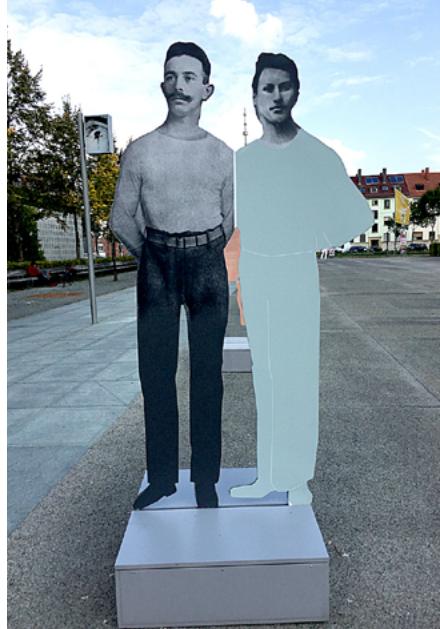
Text: Nike Frey, Foto: Jan Zier

<http://zeitschrift-der-strasse.de/das-uebersehene-leid/>

Von heute auf morgen: Vom Idol zum Geächteten – Wachhalten der Erinnerung

Seit 10. Oktober und noch bis 19. November zeigen das Deutsche Fußballmuseum und die Stadt Dortmund auf dem Platz der Deutschen Einheit (Vorplatz des Deutschen Fußballmuseums) die Ausstellung „Zwischen Erfolg und Verfolgung – jüdische Stars im deutschen Sport bis 1933 und danach“. Zuvor war die Ausstellung in Karlsruhe, Nürnberg, Leipzig, Frankfurt, Fürth, Köln, Husum, Hildesheim, Berlin Washingtonplatz und Berlin Olympiastadion zu sehen. Hier ein Bericht aus Karlsruhe.

Gut zugänglich, im Freien auf einem Platz, der keine Laufkundschaft kennt und eher nicht zum Verweilen einlädt, stehen übermannsgroße Figuren. Sie sind nicht dreidimensional, sondern stellen von zwei Seiten betrachtbare Silhouetten dar. Vorderseite: ein Foto, Rückseite: eine Beschreibung. Als Beispiel seien hier die Cousins Flatow gezeigt:



gezeigte Abbild der Person herumgehen, was eine erstaunliche Wirkung hat: obwohl nicht dreidimensional werden die Figuren zu körperhaften Menschen.

Durch die Fotografien auf der Vorderseite werden die Menschen sichtbar; mit der Beschreibung ihrer sportlichen Laufbahn und dem abrupten Ende durch Maßnahmen ihrer Sportverbände und



Foto links ... rechts: Skulpturale Darstellung Vorderseite: eine Fotografie von Alfred und Gustav Felix Flatow (Rückseite). Der Betrachter muss um das

–vereine wird die Gewalttätigkeit der Akteure spürbar, die nicht nur das Ende der Sportlerkarriere, sondern oft auch den Tod bedeuteten.

Präsentierte Sportler:

Die zehnfache Deutsche Leichtathletikmeisterin Lilli Henoch, der israelische, später deutsche Basketball-Nationaltrainer Ralph Klein, die Fechtolympiasiegerin Helene Mayer, der Schachweltmeisters Emanuel Lasker, der Meisterboxers Erich Seelig, der Fußballnationalspieler Julius Hirsch, die Deutsche Tennismeisterin Nelly Neppach, die Deutschen Speerwurfmeisterin Martha Jacob, die Turnolympiasieger Alfred und Gustav

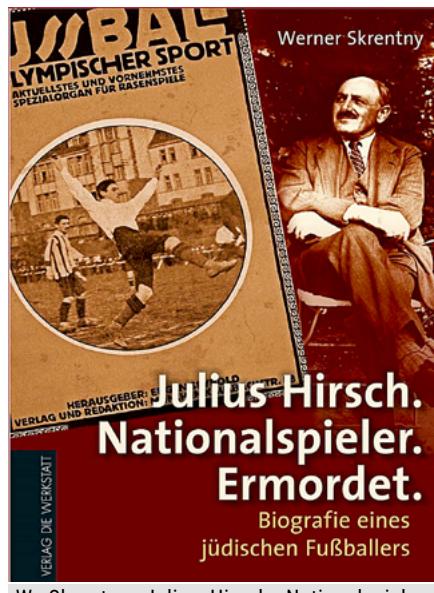
Felix Flatow, die Leichtathletin Gretel Bergmann, die Europameister im Gewichtheben beziehungsweise im Ringen Julius und Hermann Baruch, der Eishockeyspieler Rudi Ball und der deutsche Fußballnationalspielers Gottfried Fuchs. Die Ausstellung bietet mit der Schwimmerin Sarah Poewe aber auch einen Ausblick und stellt eine wichtige Verbindung zur Gegenwart her. Poewe gewann als erste jüdische Athletin nach Ende des Zweiten Weltkrieges für Deutschland eine olympische Bronze-Medaille 2004 in Athen.

Der Platz der Menschenrechte in Karlsruhe ist zugleich Vorplatz des weit über Karlsruhe hinaus bekannten Zentrum für Kunst und Medien (ZKM) (im Hintergrund des Bild 1 zu erkennen). Der Platz ist flankiert von Bundesanwaltschaft und einem Kino-center. Als Platz der Menschenrechte ist er gut gewählt, denn das Gebäude des ZKM ist eine Stein gewordene Mahnung gegen Krieg und Zwangsarbeit: das ZKM ist in einem ehemaligen Fabrikbau untergebracht, dem Hallenbau A, der zu seiner Entstehungszeit (1915-18)

einer der größten und architektonisch fortschrittlichsten Industriebauten Deutschlands war. Auftraggeber war die Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG (DWM), dort arbeiteten dann bis zu 4.500 Arbeiter. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs diente das Gebäude als Waffen- und Munitionsfabrik. Unter menschenunwürdigen Bedingungen mussten Zwangsarbeiter während des Dritten Reiches dort Dienst tun – eine Gedenktafel erinnert daran. Nach 1945 ging die Werksanlage an die Industrierwerke Karlsruhe-Augsburg

(IWKA). Nach Aufgabe des Produktionsstandorts in den 1970er-Jahren blieb das Werksgelände als Industriebrache liegen. Nachdem bereits Künstlergruppen durch Besetzung von Räumen des Gebäudes in den Jahren 1981 bis 1989 auf eine mögliche kulturelle Nutzung hingewiesen hatten, beschloss der Gemeinderat Karlsruhe, den Hallenbau A zum Standort des neugegründeten ZKM | Zentrum für Kunst Medien und der ebenso neugegründeten Hochschule für Gestaltung (HfG) sowie der Städtischen Galerie Karlsruhe umzuwidmen.

Julius Hirsch zum Beispiel lebte bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Karlsruhe, er wurde mit Gottfried Fuchs und dem Karlsruher FV Deutscher Fußballmeister, sie spielten für die deutsche Fußballnationalmannschaft. „Am 10. April



W. Skrentny: Julius Hirsch. Nationalspieler. Ermordet. Biografie eines jüdischen Fußballers

1933 liest Julius Hirsch in der Zeitung, dass auch sein Verein, der Karlsruher FV, der Erklärung der 14 renommier-ten süd- und südwestdeutschen Vereine vom 9. April 1933 zugestimmt hat. Wie diese ist der KFV nun bereit, sich der „nationalen Regierung (...)“ freudig und entschieden zur Verfügung“ zu stellen, „insbesondere in der Frage der Entfernung der Juden aus den Sportvereinen.“ Was folgt, ist das millionenfach Erlebte: den Sport – bislang sein Leben – kann er nicht mehr ausüben; die Familie ernährt er als Zwangsarbeiter auf einem Schutt-platz am Rande der Stadt; Selbstmord-versuch, Einlieferung in die Psychiatrie – er entgeht nur knapp dem Transport nach Grafenbeck, der Tötungsanstalt (na-tionalsozialistische Krankenmorde, die sogenannte Aktion T4), Scheidung von der nichtjüdischen Ehefrau, Transport

nach Auschwitz – Verschwinden ohne Hinweis auf Todesumstände.

Ausgrenzung, Entrechtung, Entwürdi-gung, Geringschätzung aller bisherigen Leistungen, zur Flucht gedrängt oder Ermordung – die Ausstellungsobjekte erinnern an Nationalspieler, Welt- oder Europameister, Olympiasieger oder Re-kordhalter – gefeierte Idole ihrer Zeit, und der eiskalte Wind der Verfolgung und Ermordung trifft den Betrachter un-vermittelt.

Anderes Beispiel: Walther Bensemann, ein Pionier des Fußballsports in Deutsch-land (Zitat aus der Begleitbroschüre: „Im September 1889 ließ ich aus der Schweiz einen Fußball kommen; der Ball wurde morgens vor der Schule (in Karlsruhe) aufgeblasen und in der 10-Uhr-Pause musste bereits ein Fenster des Gymnasiu-ms daran glauben. (...) Direktor Wendt erklärte sich mit der Bezahlung des Fens-ters einverstanden und schickte uns auf den kleinen Exerzierplatz (in Karlsruhe), Engländerplatz genannt.“ Zwei Jahre später, am 17. November 1891, gründet Bensemann dann den Karlsruher FV.“) 1933 flieht er in die Schweiz. „Sein Le-benswerk, ein liberales, weltoffenes und mit der friedensstiftenden Idee des Fußballs verbundenes Fußballmagazin (Bensemann gründete den „Kicker“), entspricht nicht den Vorstellungen der neuen Machthaber. Walther Bensemann stirbt am 12. November 1934 mit nur 61 Jahren in Montreux.“ (Zitat aus der Ausstellungs-broschüre).

Oder Gretel Bergmann – Hochspringerin, deren komplizierte Geschichte (ihre Familie wurde bedroht, ansonsten hätte sie nicht für Nazi-Deutschland über-haupt an den Start gehen wollen) um die Nicht-Nominierung für die Olympischen

Spiele 1936 mehrfach verfilmt worden ist, konnte der Deportation durch Flucht und Asyl in Amerika entgehen.

Die Turnolympiasieger Alfred und Gustav Felix Flatow holten bei den ersten olympischen Spielen der Neuzeit 1896 in Athen Goldmedaillen an Reck und Barren – was die nationalistisch gesinnte Deutsche Turnerschaft, die Teilnahme an Olympischen Spielen ablehnt, ver-schweigt. Jahrelanger ehrenamtlicher Einsatz für die turnerische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen endete 1933 mit Ausschluss aus den Vereinen. Alfred Flatow wird mit 71 Jahren nach Theresienstadt deportiert und dort um-gebracht, Gustav Felix verhungert nach Flucht und Verrat 1945 in Theresienstadt.

Berno Bahro notiert in der Broschüre zur Ausstellung: „Es dauert lange, bis sich die deutsche Turnerbewegung seiner ersten jüdischen Olympiasieger erinnert. Seit 1996 vergibt der Deutsche Turner-Bund die Flatow-Medaille zur Mahnung und Erinnerung an die Verfolgung von Juden in der Deutschen Turnerschaft 1933 bis 1945. Ein Jahr später benennt die Stadt Berlin die Reichssportfeldstra-ße am Olympiagelände in Flatowallee um. Vor den ehemaligen Wohnhäusern der Flatows und ihrer Familien in Berlin-Schöneberg und Berlin-Charlottenburg werden 2012 Stolpersteine verlegt.“

Die Frage des Umgangs der Sport-verbände, der Vereine, der Städte und Kommunen mit diesem Kapitel der per-sonlichen und institutionellen Schuld kann in der Ausstellung nur gestreift werden. Man kann feststellen, dass et-was in Bewegung gekommen ist in Form von Medaillen und Auszeichnungen, die die Erinnerung an die dem Rassenwahn geopferten Sportler lebendig erhält.

Auf der Website der Ausstellung gibt es weitere wertvolle Hinweise. www.juedische-sportstars.de Des Weiteren sind etliche Bücher zum Thema erschienen, z.B. 2014 über Julius Hirsch. Idee und Konzept: Norbert Niclauss (Beauftragter für Kultur und Medien BKM) und Olliver Tietz (DFB-Kulturstiftung). Autoren: Dr. Ber-no Bahro, Prof. Dr. Hans Joachim Teichler (beide Potsdam), Prof. Dr. Lorenz Peiffer (Hannover) sowie Dr. Henry Wahlig (Dortmund). *Eva Detscher, Karlsruhe*

9. APRIL
1964
ENGLAND

Erste Wahlen zum Greater London Council

Die Einrichtung des Greater London Council (GLC) war eine Strukturreform, die von der konservativen Regierung eingeleitet wurde. Ihr materieller Hintergrund war der Bedarf an einer gesamten Stadtplanung. Die parallele politische Erwägung der Konservativen war, Labour aus der Verantwortung zu drängen. Labour war traditionell stark in den zentralen Stadtbezirken, durch die Einbeziehung der äußeren, traditionell konservativ orientierten Stadtteile sollte dieser Einfluss gebrochen werden. Dieser Plan misslang: Labour gewann die ersten Wahlen zum GLC.¹ Jeder Stadtbezirk Londons entsandte zwei Mitglieder in den GLC. Wegebau, Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung und öffentlicher Nahverkehr wurden vom GLC operativ koordiniert, es entstanden Pläne für das wachsende Gesamt-London mit dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung. Der GLC bestand von 1965 bis 1986, die konservative Regierung unter M. Thatcher schaffte ihn und die anderen GLCs im Lande ab.²

Der GLC war nicht einfach eine weitere Verwaltungseinheit, sondern ein Gremium, das Wissen aus anderen gesellschaftlichen Subsystemen erschließen musste. Insofern musste er auch offen sein für neue Formen der Bürgerbeteiligung. Das einschneidende Ereignis hierfür waren die Wahlen vom Mai 1981. Labour gewann diese Wahlen und wählte Ken Livingston zum Vorsitzenden des GLC, der zuvor bei Labour aus der Minderheit agierte

¹ In der weiteren Geschichte wechselten Konservative und Labour sich als Wahlgewinner ab, meist konträr zur Zentralregierung des Landes. ² 1999 wurde unter Labour nach einer Volksabstimmung als übergreifende Verwaltungsbehörde für London die „Greater London Authority“ gebildet.

Quellen: The rise and fall of the GLC – BBC News: <http://www.bbc.com/news/uk-england-london-35716693> und Titus Alexander. Werte für Menschen – Erwachsenenbildung und popular planning; Veröffentlichungsreihe Lokale Ökonomie, Nr. 13, Technologie-Netzwerk Berlin 1992

und das offizielle Wahlprogramm nicht unterstützte. Er saß dem Gremium mit einer kurzen Unterbrechung von 1981 bis zu seiner Abschaffung im Jahr 1986 vor.

Neben populären Maßnahmen wie einer 25 %-igen Reduzierung der Preise für den öffentlichen Nahverkehr waren es die programmatischen Ziele und vor allem die Beteiligungsformen, die verändernd auf die traditionellen Praktiken wirkten. Programmatisch verfolgte der GLC in dieser Zeit eine Politik der Anerkennung von Minderheiten, der Antidiskriminierung von Schwulen und Lesben und einer Orientierung auf sozial nützliche Produktion. Unter anderem wurde London zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

Bürgerbeteiligung war für die Akteure eine Voraussetzung für die Erfolge von Planungsprozessen. Unter dem Begriff des „Popular Planning“ wurden dafür Programme aufgelegt, auch pädagogische und organisatorische Unterstützung wurde dafür geleistet. Gerade vor dem Hintergrund der Strukturkrisen der englischen Wirtschaft fokussierten die Maßnahmen auf eine Revitalisierung von lokalen ökonomischen Strukturen, die nicht auf Dienstleistungen beschränkt waren, sondern auch die Güterherstellung umfassten. Finanzielle Unterstützung wurde an lokale Beschäftigungsinitiativen zur Wiederbelebung lokaler Wirtschaftsstrukturen, aber auch für Untersuchungsprojekte zu Bedarfsanalysen oder für die Weiterbildung im Bereich „ökonomische Prozesse“ gegeben.

Die Frage des Was und Wie der Produktion zieht sich durch die Geschichte des Wirtschaftens, allerdings in wechselnden Konstellationen. Wo existentielle Not alle Fragen beantwortet und Optionen ausschließt liegt die Sache klar – was zu tun ist, ist nicht hinterfragbar. Wo die Produktivität hoch ist und zentralisierte industrielle Produktion vorliegt, entstehen Optionen.

Der **Greater London Council** hat die Einbeziehung der Bürger in Verwaltung und wirtschaftliche Planung ins Zentrum gerückt.

Lucas Aerospace folgt einer ähnlichen Inspiration.

Die Geschichte der **Belgier von Birtley** gräbt etwas tiefer in der Historie, wo der Konversionsgedanke erst nach Ende der beiden Weltkriege Fuß fassen konnte.

Es sollte von den vorhandenen Kompetenzen der Menschen ausgehen und der Orientierung „soziale Güter für soziale Bedarfe“ folgen. Hierfür wurden auch Kooperationen mit der Wissenschaft aufgebaut (siehe auch den nebenstehenden Artikel zu Luca Aerospace).

Der im Rahmen des GLC entwickelte Ansatz zur Beteiligung und Befähigung von Menschen, sich an lokalen Entwicklungsprozessen aktiv zu beteiligen und hierfür auch die formalen und administrativen Strukturen zur Verfügung zu stellen, fand in ganz England Widerhall. An verschiedenen Orten, unter anderem auch im Gebiet Tyne & Wear, wo die nebenstehende Geschichte der Birtley Belgians spielt, wurden die Greater Councils etabliert, wie auch gewerkschaftliche Strukturen, die sich die regionale und lokale Entwicklung ebenfalls zu eigen machten. Auch in anderen Ländern Europas entstanden Konzepte nach dem Vorbild des „Popular Planning“ und der Orientierung auf regionale/lokale Entwicklungsperspektiven.

Rolf Gehring, Brüssel

Der Konversionsplan für Lucas Aerospace

Im Januar 1976 präsentierten Beschäftigte von Lucas Aerospace in Großbritannien einen Konversionsplan für das gesamte Unternehmen, der auf eine Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion zielte. Das in den 1850er Jahren von Joseph Lucas gegründete Unternehmen, das in der Anfangszeit Öllampen und später elektrische Komponenten für die Automobilindustrie produzierte, hatte sich immer mehr zu einem Rüstungskonzern entwickelt. Vor dem Hintergrund dieser Ausrichtung und der Ankündigung des Managements, Tausende Beschäftigte zu entlassen, taten sich Beschäftigte aus



Arbeiter bei Lucas Industries, Shaftmoor Lane branch, Birmingham, 1970. Photograph: Lucas Memories website, lucasmemories.co.uk.



allen Belegschaftsgruppen und quer zu den bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen zusammen, um alternative Produkte und Produktionskonzepte zu entwickeln. Der Chefentwickler der Unternehmens, Mike Cooley, war eine treibende Kraft dieser innerbetrieblichen Bewegung. Ein Jahr wurde auch mit externer Expertise an Konzepten gearbeitet. Unter anderem beteiligte sich die Englische Gesellschaft für soziale Verantwortung in der Wissenschaft (English Society for Social Responsibility in Science, https://en.wikipedia.org/wiki/British_Society_for_Social_Responsibility_in_Science) an den Arbeiten. Am Ende wurden die Arbeiten in sechs Bänden mit insgesamt etwa 1000 Seiten vorgestellt. 150 alternative Produkte, die mit den vorhandenen Qualifikationen der Beschäftigten und der vorhandenen technischen Infrastruktur hätten gefertigt werden können, waren entwickelt worden. Die Belegschaftsinitiative wählte 12 Produkte aus, die dem Management vorgestellt wurden. Dieses lehnte jedoch jegliche Vorschläge ab. Das bei Lucas Aerospace entwickelte Konzept wurde dennoch von diversen regionalen Gewerkschaftsräten und dem Greater London Council aufgenommen. Auch in vielen europäischen Ländern wurde dieses Konzept aufgegriffen. Soziale Produkte für soziale Bedürfnisse, Rüstungskonversion, Beteiligung der Beschäftigten bei der Produktentwicklung sind die Schlagworte, die hiermit im Zusammenhang stehen. Der Ansatz hat sich zu einem bleibenden Bezugspunkt in Sachen Produktkritik, Beteiligung der Beschäftigten und Selbstorganisation entwickelt. 2016 fand in Birmingham eine Konferenz statt, die den 40. Jahrestag für einen Rückblick und eine Bestandsaufnahme nutzte. Oben abgebildet ist der Flyer für diese Veranstaltung.

Wolf Gehring <http://lucasplan.org.uk/>

Die „Birtley Belgians“ – eine lange verschollene Geschichte

Während im Sommer 1914 die Großmächte den Krieg planten, plädierten Sozialisten und Arbeiter für den Frieden. Darunter die „Jungs von Seraing“. Seraing ist sowohl eine Stadt an der Maas bei Lüttich wie auch der Name eines Kraftwerks des belgischen Schwermaschinen- und Stahlkonzerns Cockerill. Die Industrialisierung Walloniens hatte in den 1820er Jahren mit der Verfügbarkeit von billiger Kohle begonnen. Diese billige Energiequelle zog etliche Unternehmer an, unter ihnen der in England geborene John Cockerill, der Ende des 19. Jahrhunderts in der Waffen- und Artillerieproduktion mit Deutschlands Krupp und Britanniens Armstrong konkurrierte.

Die belgischen Gewerkschaften wurden 1866 gesetzlich zugelassen. Ein Streik im Werk Cockerill im April 1869 wurde von der Garde Civique brutal niedergeworfen und dabei viele Arbeiter erschossen. Im darauf folgenden Monat schrieb Karl Marx: „Es gibt nur ein Land auf der Welt, in dem jeder Streik eifrig und freudig zu einem Vorwand für das offizielle Massaker an der Arbeiterklasse gemacht wird. Dieses Land der Seligkeit ist Belgien.“ In den nächsten dreißig Jahren wurde in Wallonien auch für Forderungen nach politischen Reformen gestreikt, mehr als 90 belgische Streikende wurden dabei erschossen. Der Kampfgeist der Arbeiter von Seraing war legendär: eine europaweit beachtete Friedenskundgebung Mitte Juli 1914 mit namhaften Rednern ehrte das Andenken der getöteten Arbeiter. Der deutsche Kommunist Karl Liebknecht schuf den Begriff: „Das Schlachthaus von Seraing“.

Drei Wochen später erklärte Deutschland Serbien den Krieg, die Briten traten Tage später der gegnerischen Front bei und kämpften auch auf belgischem Gebiet, nach drei Wochen zogen sich die Einheiten der britischen Armee nach der „Schlacht von Mons“ zurück. Damit begann auch eine Abwanderung belgischer Flüchtlinge. Tausende Menschen flohen vom Antwerpener Hafen aus über das Meer nach England, bald darauf folgten verletzte Soldaten, darunter „Die Jungs von Seraing“



– der Name der Cockerill-Ingenieure. Sie gingen zu einer neu errichteten Rüstungsfabrik am Fluss Tyne, im Nordosten Englands im Ort Birtley.

Die Fabrik und ihre Gemeinde Elisabethville – ein neues Dorf, das nach der belgischen Königin benannt wurde – war von Frühjahr 1916 bis Kriegsende Heimat und Arbeitsstätte von 7000 Belgern. Einzigartig unter belgischer ziviler und militärischer Verwaltung, mit einer Fabrik, die von belgischen Ingenieuren geleitet wird. Diese kriegsmüden Menschen produzierten 2,75 Mio. Granaten mit einer Produktionsrate, die höher war als die jeder anderen Fabrik in Großbritannien. Die Belgier brachten nicht nur ihr Können mit, sondern auch ihren Kampfeswillen.

Die Gewerkschaften waren in Elisabethville trotz des Defence of the Realm Act (ein für ganz Großbritannien gelgendes Gesetz zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit), der auch alle Gewerkschaftsaktivitäten in Großbritannien erschwerte, sehr aktiv. Die Belgier haben ihrem Gastgeberland besondere Zugeständnisse abgerungen. Die Birtley-Arbeiter waren so gut organisiert, dass auf dem Gewerkschaftskongress in London 1917 und 1918 geschrieben stand: „Birtley was the strongest of them all in GB“ (Von allen Arbeitern waren die von Birtley die stärksten, hartnäckigsten, überzeugendsten“).

Die Rückführung nach Belgien setzte bereits wenige Tage nach Kriegsende ein. Der letzte Belgier verließ Elisabethville am 5. Februar 1919. Ihre Geschichte erschien 1919 mit dreisprachigem Vorwort als „Nos „Hors-Combat“ à Elisabethville Birtley“ von Camille Fabry in der Reihe „Les Pages heroïque de la Grande Guerre“. Fabry war später Delegierter der Wallonischen Nationalversammlung, Präsident des Kriegsveteranenverbandes und Rekrutierungsoffizier für den Widerstand des Zweiten Weltkriegs, deren Untergrund-Presseeditor und Saboteur. Mit einem weiteren Essay von 1920 hat er auch Karl Liebknecht und seinem Friedensaufruf für die belgischen Arbeiter von Seraing einen Platz in der Geschichte gegeben.

Einige Jahre lang in den 1920ern wurde die Fabrik zur Autoherstellung genutzt. Allerdings nicht erfolgreich. Bis in die späten 1930er Jahre lag die Fabrik still und wurde dann wieder zur Waffenproduktion genutzt. Auf unterschiedliche Weise blieb die Fabrik Produktionsstätte, bis 2012 ein neues Werk gebaut wurde. Die „historische“ Anlage wurde dann für den Bau von Wohnungen abgerissen.

Bill Lawrence, Newcastle-upon-Tyne, England, Eigene Übersetzung

Anm.: Die Geschichte der „Birtley Belgians“ war über achtzig Jahre in Vergessenheit geraten, aber „The Boys of Seraing“ leben heute wieder – Bill Lawrence wird 2018 ein Buch darüber herausgeben; außerdem gibt es ein Musical, das in Belgien aufgeführt wird.

Inhalt

Aktuelles	2
Neuwahlen nicht auszuschließen • Brexit: „Fröhlich der Unsicherheit entgegen“	
Katalonien: Keine Republik nirgends	3
Petition für Westpapua an die Vereinten Nationen: 1,8 Millionen Menschen haben unterschrieben	5
Österreich hat gewählt	6
Ergebnisse der Parlamentswahlen in Tschechien	7
Auslandsnachrichten	8
Österreich: Eurowings Europe Plan: Betriebsratgründung • Österreich: Betrug am Bau, Gewerkschaft GBH reicht's • Norwegen: NNN-Streik endet mit Kollektivvereinbarung • Polen: Hungerstreik der Nachwuchssärzte • Rumänien: Nein zur Übertragung von Sozialversicherungsbeiträgen • Bulgarien: Tausende demonstrieren für bessere Löhne • Georgien: Zerschlagung der Gewerkschaft bei Rustavi Avot • Katar: Durchbruch für Arbeitnehmerrechte • Indonesien: Coca-Cola-Gewerkschaften wehren sich • Mauritius: Schulreiniger im Hungerstreik • Neuseeland: Kampf für gute Arbeitsplätze	
Aktionen ... Initiativen	10
Menschenrechte und Rechtsstaat stärken • Die Hamburger Datenschlacht • Nach dem G20-Gipfel: Videoüberwachung ausgebaut • Videoüberwachung schafft keine Sicherheit • André Hahn: V-Leute-System endlich abschaffen	
Wiedereinführung der Videoüberwachung in der Mannheimer City	12
Kölner Silvester: Wir müssen Feierwilligen ein Angebot machen!	14
Kommunalpolitik	15
Bevölkerung in Bremerhaven-Lehe wirksam vor Brandstiftung schützen! • Koalition setzt Schwerpunkte für effektiven Rechtsstaat: Berlin. • Linke fordert: Reform des Polizeigesetz zurücknehmen! Stuttgart • Linke & Piraten gegen weitere Bewaffnung von Ordnungskräften: Dortmund	
Entsederichtlinien im Vorfeld des EU-Gipfels auf den Weg gebracht	16
Dokumentiert: IG Metall fordert 6 Prozent mehr Entgelt und eine Wahloption für kürzere Arbeitszeit	17
Protest gegen AfD-Einzug im Bundestag	18
Bremen: „Das übersehene Leid“	19
Von heute auf morgen: Vom Idol zum Geächteten – Wachhalten der Erinnerung	20
Kalenderblatt: England 1964, erste Wahlen zum Greater London Council	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 7. Dezember 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 1. Dezember. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Die Erscheinungstermine 2018: 18. Jan., 15. Feb., 15. März, 12. April, 11. Mai, 7. Juni, 12. Juli, 23. Aug., 11. Okt., 8. Nov., 6. Dez.

Landtagswahl in Niedersachsen

Wir dokumentieren Auszüge aus dem Wahlnachtbericht von Horst Kahrs (Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung). Vollständig als Datei abrufbar unter www.horstkahrs.de.

steht die Partei im langfristigen Vergleich immer noch überdurchschnittlich da.

Die AfD zieht mit knapp über 6% in das 14. Landesparlament ein. Sie schneidet deutlich schlechter ab als bei der Bundestagswahl drei Wochen zuvor.

Einen politischen Linksruck wollten die Niedersachsen nicht. Die Linke scheiterte am Ende doch recht klar erneut an der Sperrklausel und zieht wieder nicht in einen westdeutschen Landtag ein. Angesichts des Bundestagswahlergebnisses mit einem Stimmenanteil von 7% in Niedersachsen ist das enttäuschend, auch wenn sich die Stimmenzahl gegenüber der vorherigen Landtagswahl deutlich erhöht hat (+65 000). Dort, wo die Partei zuvor bereits „stark“ war, ist sie weiter gewachsen, etwa in Oldenburg, Hannover und anderen städtischen Regionen. Zwar steht sie im Land besser da als vor fünf Jahren, ist aber immer noch weit entfernt von den Ergebnissen der Wahlen 2008/2009. Die Partei bleibt auch in Niedersachsen wie in den westdeutschen Flächenländern bis auf weiteres ein vor allem bundespolitisches Phänomen mit starken kommunalpolitischen Einsprengseln.

Das niedersächsische Wahlergebnis verströmt einen Hauch alter Bundesrepublik, wie wir sie so lange kannten. Die beiden großen Parteien streiten Kopf an Kopf um den Wahlsieg, jeweils eine kleine Partei an der ihrer Seite. Dieses Mal gewinnt die SPD, überraschend deutlich, zugleich verliert das politische Lager die Regierungsmehrheit. Allerdings gibt es für das schwarzgelbe, alt-bürgerliche Lager auch keine Mehrheit, weil die nationalistic-völkische AfD ebenfalls in den Landtag einzieht, allerdings mit einem unerwartet schlechten Ergebnis.

Eine vergiftete Botschaft des Wahlabends könnte lauten: Die SPD kann doch noch gewinnen, also müssen die Fragen an die Zukunft sozialer und demokratischer Politik doch nicht so grundsätzlich ausfallen, wie vor wenigen Tagen noch angekündigt. Vielleicht ließe sich ja so weitermachen wie 2005, 2009 und 2013. Eine zweite vergiftete Botschaft des Wahlabends birgt das „schwache“ Abschneiden der AfD: Ist die Dynamik der rechten Sammlungsbewegung gebrochen, wird sie an ihren inneren Gegensätzen zusammenbrechen und haben wir es tatsächlich nur mit einem Ost-Problem zu tun?

Das Wahlergebnis bringt keinen Rückenwind für die favorisierte Regierungsbildung im Bund. Es stärkt auch nicht die Position von Angela Merkel, die sich stark im niedersächsischen Wahlkampf engagierte. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat werden unübersichtlicher.

Die rotgrüne Landesregierung wurde abgewählt. Ursächlich hierfür sind die hohen Verluste der Grünen. Statt zusammen 46,3% erreichten die beiden Parteien trotz der SPD-Gewinne nur noch 44,6% und 67 der 137 Mandate. Allerdings: SPD und Grüne zusammen erreichen rund 100 000 Zweitstimmen mehr als 2013.

Die CDU erzielt ihr schlechtestes Ergebnis seit der Wahl 1959, obwohl sie kaum Zweitstimmen verliert. Die höhere Wahlbeteiligung geht zu ihren Lasten. Ihr Vorsprung von bis zu 12 Prozentpunkten in den Umfragen schmolz in den letzten Wochen dahin. Weder gab es eine ausreichende Wechselstimmung, im Gegenteil wurde der SPD-Ministerpräsident auch unter CDU-Anhängern positiv bewertet. Noch konnte sich die CDU in wahlentscheidenden Fragen als bessere Alternative profilieren. Vielmehr hält eine Verunsicherung unter CDU-Sympathisanten über den Kurs der Partei an.

Die Grünen sind die eigentlichen Verlierer des Wahlabends. Sie erzielen zwar immer noch ihr zweitbestes Ergebnis in Niedersachsen, verlieren aber fast ein Drittel ihrer Stimmen. Gründe sind ertstens eine Korrektur einer Überbewertung bei den vorherigen Landtagswahlen und zweitens eine Verunsicherung über den zukünftigen Kurs der Partei. Gera-de in einem Land wie Niedersachsen, dessen Parteisystem stark von der klassischen Teilung in zwei politische Lager geprägt ist, werden mögliche Lagerwechsel bestraft.